Deutscher Bundestag **Drucksache 18/13683**

18. Wahlperiode 13.10.2017

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 9. Oktober 2017 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	22, 23
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 11
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	24
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	5, 6, 25
Gambke, Thomas, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40, 41, 42
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44, 45
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8, 9
Herzog, Gustav (SPD)	46, 47, 48, 49
Hitschler, Thomas (SPD)	30
Jüttner, Egon, Dr. (CDU/CSU)	26
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)	14, 15
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2
Kelber, Ulrich (SPD)	16, 17
Kipping, Katja (DIE LINKE.)	34
Korte, Jan (DIE LINKE.)	12
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 51
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52
Liebich, Stefan (DIE LINKE.)	27
Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10
Movassat, Niema (DIE LINKE.)	31
Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 13
Renner, Martina (DIE LINKE.)	18
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	32, 33
Schwarzer, Christina (CDU/CSU)	35, 36, 37, 38
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19
Troost, Axel, Dr. (DIE LINKE.)	20, 21
Wagner, Doris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28
Wilms, Valerie, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verhaftungen von Personen in Ägypten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung 1

Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Situation in den englischsprachigen Regionen Kameruns 1

Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forderung der Türkei für einen Austausch inhaftierter deutscher Staatsbürger gegen türkische Asylbewerber 2

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschluss der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems 3

Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)
Neu registrierte Asylsuchende aus der Türkei im September 2017 3

Auflösung der polizeilichen Ermittlungsgruppe Meteor 4

Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eingetragene Lebenspartnerschaften in Deutschland 5

Gebührenbelastung bei der Umwandlung von Lebenspartnerschaften in Ehen 7

Lösung technischer Probleme bei der Umsetzung der „Ehe für alle“ 7

Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Registrierte Gewehre des Modells AR 15 im Nationalen Waffenregister Deutschlands 8

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anerkennung der Entscheidungen ausländischer Gerichte zur Änderung des Vornamens und zur Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit deutscher Staatsangehöriger ... 8

Korte, Jan (DIE LINKE.)
Vorratsdatenspeicherung in der Neufassung der e-Privacy-Verordnung 9

Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auslieferungsgesuche der Türkei seit dem Putschversuch im Juli 2016 9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)
Änderungen vorläufiger Einkommensteuerbescheide nach dem Urteil des Bundesfinanzhofes zur Verfassungsmäßigkeit des Abzugs einer zumutbaren Belastung bei Krankheits- und Pflegeaufwendungen 10

Rückwirkende Geltung der Förderung des Schutzes von Ehe und Familie nach § 52 der Abgabenordnung als gemeinnütziger Zweck für Zeiträume vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts 11

Kelber, Ulrich (SPD)
Dividenden für den Bund und die KfW von Aktien der Deutschen Telekom und der Deutschen Post in den letzten fünf Jahren 11

Kosten zur Refinanzierung von durch den Bund aufgenommenen Krediten 13

Renner, Martina (DIE LINKE.)
Quellen im Ermittlungsverfahren gegen den Waffenhändler Phillip K. 13

Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eindämmung schädlichen Steuerwettbewerbs durch die EU-Staaten 13

Seite

Troost, Axel, Dr. (DIE LINKE.)
Ungleichbehandlung von Kapitalgesellschaften bei Verlustabzügen infolge eines schädlichen Beteiligungserwerbs nach § 8c des Körperschaftsteuergesetzes 14
Stand des Notifizierungsverfahrens bei der EU-Kommission zur durch § 3a des Einkommensteuergesetzes neu eingeführten Steuerbefreiung von Sanierungserträgen 15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Aken, Jan van (DIE LINKE.)
Herstellungsgenehmigungen für Kriegswaffen für die MENA-Staaten im Jahr 2017 16
Rüstungsexporte in die MENA-Staaten im Jahr 2017 16
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)
Einstufung der auf dem Dieselgipfel im August 2017 vereinbarten Umstiegsprämien als Betriebsausgaben der Unternehmen 17
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)
Export von Polizeiausrüstung, nichttödlichen Waffen sowie IT-Technologie nach Spanien in den letzten fünf Jahren 17
Jüttner, Egon, Dr. (CDU/CSU)
Nichterstattung von Fluggebühren für Kunden von Air Berlin 19
Liebich, Stefan (DIE LINKE.)
Details zu den beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bzw. beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle als „Mehrzweckpistolen“ geführten Waffen HK69 und HK169 20

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Wagner, Doris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Entwicklung der Zahl der Betriebsrentner unter den Beziehern von Altersrente in den letzten fünf Jahren 21

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Kotting-Uhl, Sylvia
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grenzwerte für die Cäsiumbelastung von Lebensmitteln aus Japan 22

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Hitschler, Thomas (SPD)
Notwendigkeit der Fortsetzung der Bundeswehreinsätze in der Türkei, in Jordanien und im Irak 23
Movassat, Niema (DIE LINKE.)
Durchführung gecharterter Flüge durch die aserbaidschanische Fluggesellschaft „Silk Way Airlines“ als „Diplomatenflüge“ 23
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)
Lieferung von Waffen aus dem Bestand der Bundeswehr in den Nordirak 24

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kipping, Katja (DIE LINKE.)
Anträge auf Unterstützung bei den Fonds „Heimerziehung in der DDR“ sowie „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ 25
Schwarzer, Christina (CDU/CSU)
Bewilligung von Finanzmitteln für Projekte aus dem Kinder- und Jugendplan in den Jahren 2017 und 2018 26

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

Gambke, Thomas, Dr.
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtsgrundlage der Planung für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Regensburg unter Zugrundelegung von Lärmvorsorge 43

Seite

Weisungsbefugnis des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur gegenüber dem Eisenbahn-Bundesamt 43

Berichterstattung über die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Regensburg 44

Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Etwaige Verzögerung des Baus des Rastatter Tunnels 44

Zeitplan für die Fertigstellung von Stuttgart 21 45

Ergebnisse der Abstimmungen und Neubewertungen der Bahnsteigzielhöhen 45

Herzog, Gustav (SPD)

Entwicklung der Abladeoptimierung der Fahrrinnen am Mittelrhein 46

Aktueller Personalbestand für den geplanten Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals 47

Wilms, Valerie, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seite

Zahl der zum Ende der 18. Wahlperiode noch nicht begonnenen Verkehrsinfrastrukturbauprojekte des Bundes mit bestehendem Baurecht 48

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Initiativen der Bundesrepublik Deutschland im Komitee über radioaktive Substanzen zu im Meer versenktem Atommüll 48

Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auswirkungen von Ultrafeinstäuben aus Flugzeugtriebwerken auf die menschliche Gesundheit 50

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordnete **Dr. Franziska Brantner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die jüngste Verhaftungswelle in Ägypten, in deren Rahmen mindestens 57 LSBT-Menschen (LSBT = Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) festgenommen wurden, und welchen Einfluss hat dieses Vorgehen der ägyptischen Justiz und Polizei gegen Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung auf die künftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ägypten (www.amnesty.org/en/latest/news/2017/10/egypt-escalates-lgbti-crackdown-with-fresh-wave-of-arrests-and-anal-examinations/)?

Antwort des Staatssekretärs Walter J. Lindner vom 12. Oktober 2017

Die Bundesregierung ist sehr besorgt über die Verhaftung zahlreicher Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Eintretens für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern in Ägypten sowie über Berichte über die Anwendung menschenrechtswidriger Untersuchungsmethoden.

Die Bundesregierung hat dies bereits gegenüber ägyptischen Regierungsvertretern zum Ausdruck gebracht. Dabei hat sie auch deutlich gemacht, dass die Achtung der Menschenrechte auch für die bilaterale Zusammenarbeit von grundlegender Bedeutung ist.

2. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der Mobilisierung von Streitkräften durch die kamerunische Zentralregierung (www.africanews.com/2017/09/29/cameroon-president-deploys-army-to-anglophone-regions-to-face-off-secessionists/) sowie der durch den UN-Generalsekretär António Guterres geäußerte Sorge über gewalttätige Auseinandersetzungen (www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=57772#.Wc4=OamtL9AQ), über die Lage in den englischsprachigen Regionen Kameruns, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung im Rahmen der deutsch-kamerunischen Zusammenarbeit, um in Zukunft Gewaltausbrüche sowie eine Unterdrückung der Bevölkerung in den anglophonen Regionen zu verhindern?

Antwort des Staatssekretärs Walter J. Lindner vom 9. Oktober 2017

Nachdem es zuletzt am 22. September dieses Jahres bei Demonstrationen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen einigen Vertretern der anglophonen Minderheit und Sicherheitskräften in den beiden

betroffenen anglophonen Regionen gekommen war, hatten die zuständigen Behörden umfassende Ausgangssperren und Demonstrationsverbote verhängt, teilweise die Grenzen zu Nigeria geschlossen und die Bewegungsfreiheit zwischen den beiden Regionen eingeschränkt. Die Präsenz von Sicherheitskräften in den betroffenen Regionen wurde verstärkt. Am 1. Oktober dieses Jahres kam es erneut zu gewaltsamen Vorfällen im Zuge von Demonstrationen im gesamten anglophonen Teil des Landes. Bis zu 15 Personen sollen dabei ums Leben gekommen, Dutzende verletzt worden sein.

Die Lage hat sich aktuell wieder beruhigt. Der Präsident Paul Biya hat die Gewaltanwendung verurteilt und zu einem Dialog aufgerufen. Es ist jedoch weiter offen, ob auf Forderungen der anglophonen Minderheit, wie z. B. nach einer Fortsetzung der Dezentralisierungspolitik oder nach einer Schaffung einer Föderation, eingegangen wird.

Die Bundesregierung wird, im Verbund mit den EU-Partnern, weiterhin gegenüber der kamerunischen Regierung einen auf Verständigung und Ausgleich ausgerichteten Dialog mit Vertretern der anglophonen Kameruner anmahnen. Die Bundesregierung hat im Zusammenhang mit Verhaftungen von Demonstranten Anfang 2017 mehrfach zur Wahrung rechtsstaatlicher Standards aufgerufen und wird weiter auf deren Einhaltung drängen.

3. Abgeordneter **Özcan Mutlu** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Informationen (auch nachrichtendienstlicher Art) über eine mögliche Absicht der Türkei, inhaftierte deutsche Staatsbürgerinnen/Staatsbürger gegen türkische Staatsbürgerinnen/Staatsbürger austauschen zu wollen, die in Deutschland Asyl beantragt haben (siehe FAZ „Sammelt Ankara deutsche Geiseln?“ vom 1. September 2017, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-sammelt-ankara-deutsche-geiseln-15179248.html), und welche türkischen Staatsbürgerinnen/Staatsbürger, die in Deutschland Asyl beantragt haben, will/wollte die Türkei mit den in der Türkei inhaftierten deutschen Staatsbürgerinnen/Staatsbürger bislang austauschen?

Antwort des Staatssekretärs Walter J. Lindner vom 11. Oktober 2017

Der Bundesregierung liegen keine Informationen über eine mögliche Forderung der Türkei vor, inhaftierte deutsche Staatsangehörige gegen türkische Staatsangehörige auszutauschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

4. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann wird nach Einschätzung der Bundesregierung die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems abgeschlossen sein (bitte nach Kommissionsvorschlägen – Dublin-Verordnung, Anerkennungsverordnung, Asylverfahrensverordnung, Aufnahmerichtlinie, EURODAC-Verordnung, Asylagenturverordnung und Resettlementverordnung – aufschlüsseln), und welche Auswirkungen wird dies unter Berücksichtigung des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts auf das materielle und prozedurale Asylrecht in Deutschland, die Tätigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie die Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende und anerkannte Flüchtlinge (einschließlich subsidiär Schutzberechtigte und Resettlementflüchtlinge) auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen haben?

Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber vom 9. Oktober 2017

Eine verlässliche Einschätzung zu der Frage, wann die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems abgeschlossen sein wird und welche Auswirkungen dies unter Berücksichtigung des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts auf das materielle und prozedurale Asylrecht in Deutschland, die Tätigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie die Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende und anerkannte Flüchtlinge (einschließlich subsidiär Schutzberechtigte und Resettlementflüchtlinge) auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen haben wird, ist wegen der laufenden Verhandlungen auf europäischer Ebene derzeit nicht möglich. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zügig fortzuführen.

5. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wie viele Asylsuchende aus der Türkei sind nach Kenntnis der Bundesregierung im September 2017 laut der seit Januar 2017 zur Verfügung stehenden, auf Personendaten basierenden, Asylgesuchstatistik in Deutschland neu registriert worden, und wie hoch war die bereinigte Schutzquote in Bezug auf Asylsuchende aus der Türkei im September 2017 (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber
vom 12. Oktober 2017

Im Monat September 2017 wurden in der Asylgesuchstatistik 1 016 Zugänge von türkischen Asylsuchenden registriert.

Die folgende Tabelle weist alle Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu türkischen Asylbewerbern für den Monat September 2017 aus, auch den Anteil der positiven Entscheidungen (Asyl- / Flüchtlingsanerkennung / subsidiärer Schutz / Abschiebungsverbot) an allen Entscheidungen. Mögliche weitere Quoten können ggf. aus den Daten der Tabelle ermittelt werden.

Asylentscheidungen des BAMF		davon:						
	Asylentscheidungen	Anerkennung als Asylberechtigte	Anerkennungen als Flüchtling nach § 3 AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz nach § 4 AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbots nach § 60 V/VII AufenthG	Anteil der positiven Entscheidungen an allen Entscheidungen (in Prozent)	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen (Einstellungen, Dublin-Verfahren)
September 17	888	79	224	17	5	36,6	416	147

6. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit bedeutet nach Kenntnis der Bundesregierung die nach meinen Informationen beschlossene Auflösung der Ermittlungsgruppe (EG) Meteor der Bundespolizei, des Landeskriminalamts (LKA) Baden-Württemberg und des Polizeipräsidiums Stuttgart zum 1. November 2017, dass der Ermittlungsgegenstand obsolet geworden ist, und welche Erkenntnisse hat die Bundespolizei während ihrer Arbeit in der mit dem LKA Baden-Württemberg und dem Polizeipräsidium Stuttgart gebildeten EG Meteor hinsichtlich der rockerähnlichen Gruppierung „Osmanen Germania“ gewonnen (Organisationsgrad, Strukturen und Verflechtungen zur UETD sowie der AKP bitte aufführen)?

Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber
vom 11. Oktober 2017

Das im Sinne der Frage geführte Ermittlungsverfahren unterliegt der Sachleitung der Staatsanwaltschaft Stuttgart. Angaben zur Ausgestaltung des Ermittlungsverfahrens, zu den eingebundenen Ermittlungspersonen sowie zu konkreten Ermittlungsergebnissen des Verfahrens obliegen daher der zuständigen Landesregierung Baden-Württemberg.

7. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Menschen sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit der Einführung des Rechtsinstituts der Eingetragenen Lebenspartnerschaft in Deutschland bis zum Auslaufen dieser Möglichkeit Ende September 2017 eine solche Verbindung eingegangen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Antwort des Staatssekretärs Hans-Georg Engelke vom 6. Oktober 2017

Erst seit dem Jahr 2014 wird eine genaue Bundesstatistik zu den in Deutschland begründeten Lebenspartnerschaften geführt.

Für die Jahre 2014 und 2015 liegen folgende Erkenntnisse vor:

Begründungen von Lebenspartnerschaften: Bundesländer, Jahre, Geschlecht

Begründung von Lebenspartnerschaften

Begründungen von Lebenspartnerschaften (Anzahl)

Bundesländer	Geschlecht	2014	2015
Baden-Württemberg	männlich	380	346
	weiblich	353	399
	Insgesamt	733	745
Bayern	männlich	483	504
	weiblich	498	471
	Insgesamt	981	975
Berlin	männlich	511	492
	weiblich	328	342
	Insgesamt	839	834
Brandenburg	männlich	84	76
	weiblich	123	140
	Insgesamt	207	216
Bremen	männlich	37	25
	weiblich	35	31
	Insgesamt	72	56
Hamburg	männlich	157	160
	weiblich	102	91
	Insgesamt	259	251
Hessen	männlich	302	297
	weiblich	246	255
	Insgesamt	548	552
Mecklenburg-Vorpommern	männlich	66	66
	weiblich	82	123
	Insgesamt	148	189

Bundesländer Geschlecht		2014	2015
Niedersachsen	männlich	220	263
	weiblich	312	359
	Insgesamt	532	622
Nordrhein-Westfalen	männlich	866	806
	weiblich	849	857
	Insgesamt	1715	1663
Rheinland-Pfalz	männlich	138	154
	weiblich	198	162
	Insgesamt	336	316
Saarland	männlich	38	48
	weiblich	36	56
	Insgesamt	74	104
Sachsen	männlich	105	122
	weiblich	143	155
	Insgesamt	248	277
Sachsen-Anhalt	männlich	44	56
	weiblich	55	82
	Insgesamt	99	138
Schleswig-Holstein	männlich	84	145
	weiblich	116	217
	Insgesamt	200	362
Thüringen	männlich	43	42
	weiblich	78	59
	Insgesamt	121	101
Insgesamt	männlich	3558	3602
	weiblich	3554	3799
	Insgesamt	7112	7401

Im Rahmen des Mikrozensus wurde ermittelt, dass es in Deutschland bis Ende 2016 rund 44 000 Lebenspartnerschaften (25 000 Männer, 19 000 Frauen) gab. Die Werte von 2017 wurden bislang statistisch nicht ausgewertet.

8. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Warum werden nach Kenntnis der Bundesregierung Gebühren für Leistungen von Standesämtern von denjenigen Paaren, die ihre Lebenspartnerschaft nach der ab dem 1. Oktober 2017 gültigen Rechtslage in eine Ehe umwandeln lassen, ein weiteres Mal erhoben, obwohl diese bereits bei der Eintragung der Lebenspartnerschaft entrichtet wurden und obwohl es sich bei der Neuregelung um die Aufhebung von Ungleichbehandlungen gegenüber Paaren verschiedenen Geschlechts handelt?

Antwort des Staatssekretärs Hans-Georg Engelke vom 6. Oktober 2017

Die Regelung von Gebührentatbeständen bei Eheschließungen ist Sache der Länder. Nach Kenntnis der Bundesregierung sehen die Bundesländer überwiegend davon ab, bei der Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine gleichgeschlechtliche Ehe Gebühren zu erheben.

9. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Aktivitäten entfaltet die Bundesregierung zur schnelleren Lösung von technischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der „Ehe für alle“ (vgl. etwa „Beurkundung der „Ehe für alle“ macht Probleme“ in der Berliner Zeitung vom 28. September 2017), die über die Anpassung der Leittexte im Eheregister „voraussichtlich erst im Jahr 2018“ (Antwort der Bundesregierung zu Frage 10 der Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 18/13399) hinausgehen?

Antwort des Staatssekretärs Hans-Georg Engelke vom 6. Oktober 2017

Zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts müssen die Leittexte im Eheregister angepasst werden. Bei jeder Umsetzung personenstandsrechtlicher Änderungen sind neben der Erstellung einer Spezifikation, der Programmierung der elektronischen Mitteilungen und den Beurkundungen auch entsprechenden Testläufe erforderlich. Dafür benötigen die Verfahrenshersteller in der Regel einen Vorlauf von neun Monaten. Die Updates der Programme, mit denen die Standesämter arbeiten, erfolgen stets zum 1. November eines jeden Jahres.

Deshalb können die technischen Umsetzungen der Änderung, die aufgrund des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts notwendig werden, erst zum 1. November 2018 erfolgen.

Davon unabhängig ist es ab dem 1. Oktober 2017 möglich, bei gleichgeschlechtlichen Ehen Eheurkunden auszustellen, bei denen die Leittexte neutralisiert werden. Damit erscheint in den Urkunden hier nicht der Leittext „Ehemann“ oder „Ehefrau“, sondern der Leittext „Ehegatten“.

10. Abgeordnete **Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Gewehre des Modells AR 15 sind in Deutschland – zumindest unter Berücksichtigung der schon erfolgten Datenbereinigung – im Nationalen Waffenregister registriert, und können nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland oder im Ausland über das Internet sogenannte Bump Stocks sowie dafür passende große Magazine legal erworben werden?

Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber vom 12. Oktober 2017

Die der Bundesregierung zur Verfügung stehende Standardstatistik des Nationalen Waffenregisters (NWR) ermöglicht keine Auswertung nach im NWR registrierten Gewehren des Modells AR 15.

So genannte Bump Stocks unterfallen derzeit nicht dem Waffengesetz und können daher frei erworben werden. Es liegen keine Erkenntnisse vor, ob und ggf. in welchem Umfang diese Gegenstände in Deutschland vertrieben werden.

Durch die Richtlinie (EU) 2017/853 vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen, die am 13. Juni 2017 in Kraft getreten ist, werden die Magazingrößen von halbautomatischen Lang- und Kurzwaffen mit Zentralfeuerzündung begrenzt. In halbautomatische Langwaffen mit Zentralfeuerzündung dürfen künftig nur Magazine mit einer Kapazität von bis zu zehn Patronen fest verbaut oder eingeführt werden, in entsprechende Kurzwaffen Magazine mit einer Kapazität von bis zu 20 Patronen. Die Richtlinie ist noch in nationales Recht umzusetzen. Bislang unterliegen Magazine als solche nicht dem deutschen Waffengesetz. Allerdings existieren Magazingrößen- und Ladebegrenzungen für halbautomatische Langwaffen im Bereich des sportlichen Schießens und der Jagd.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

11. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Unter welchen Voraussetzungen werden nach Kenntnis der Bundesregierung Entscheidungen ausländischer Gerichte zur Änderung der Vornamen und zur Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit deutscher Staatsangehöriger seitens der Botschaften, Standesämter und Gerichte anerkannt, so dass die Betroffenen im Inland kein wiederholtes Verfahren – diesmal nach dem Transsexuellengesetz – durchführen müssen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange vom 12. Oktober 2017

Die Anerkennung einer ausländischen gerichtlichen Entscheidung über die Vornamensänderung oder die rechtliche Geschlechtszugehörigkeit richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften (§§ 108, 109 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit – FamFG). Gemäß § 108 Absatz 1 FamFG werden ausländische Entscheidungen anerkannt, ohne dass es eines besonderen Verfahrens bedarf. Eine Überprüfung der Gesetzmäßigkeit der ausländischen Entscheidung findet nicht statt (§ 109 Absatz 5 FamFG).

In jedem Einzelfall ist jedoch zu prüfen, ob ein Anerkennungshindernis gemäß § 109 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 FamFG vorliegt.

12. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)

Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der Debatte über die Verankerung einer (Vorrats)Datenspeicherung in der Neufassung der e-Privacy-Verordnung in der DAPLX-FoP-Arbeitsgruppe zu diesem Thema, und mit welchen eigenen Beiträgen bzw. Positionen hat sich die Bundesregierung bislang an der Debatte um eine Rechtsgrundlage für eine Speicherung von Telekommunikationsdaten in der neuen e-Privacy-Richtlinie beteiligt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange vom 6. Oktober 2017

Deutschland nimmt an den Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe Datenschutz und Informationsaustausch teil, die sich mit den aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 21. Dezember 2016 zu ziehenden Konsequenzen befasst. Bislang wurden dort Fragen zur e-Privacy-Verordnung nicht vertieft behandelt. In der Sitzung am 18. September 2017 wurde aber vereinbart, dass dies in der Sitzung am 16. Oktober 2017 geschehen soll, die teilweise gemeinsam mit der Ratsarbeitsgruppe Telekommunikation durchgeführt werden soll.

13. Abgeordneter **Özcan Mutlu** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Auslieferungsgesuche mit jeweils welcher Begründung hat die Republik Türkei seit dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei am 15. Juli 2016 an die Bundesregierung gerichtet (bitte nach konkretem Grund für Auslieferungsantrag und aufenthaltsrechtlichem Status der betroffenen Person (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 23, Plenarprotokoll 18/205, Anlage 12 sortieren)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange vom 13. Oktober 2017

Die Auslieferungsstatistik, die belastbar über von der Republik Türkei an die Bundesregierung gerichtete Auslieferungsersuchen für den fraglichen Zeitraum Auskunft geben wird, liegt noch nicht vor. Soweit ersichtlich, sind seit dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei 81 Ersuchen aus der Türkei eingegangen. Der konkrete Grund für den jeweiligen Auslieferungsantrag wird erst nach Abschluss des Verfahrens verbindlich erfasst. Auch insoweit wird die Auslieferungsstatistik für das Jahr 2016 Informationen enthalten. Über den aufenthaltsrechtlichen Status wird keine Statistik geführt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

14. Abgeordnete **Susanna Karawanskij** (DIE LINKE.)

Zu welchen Ergebnissen sind die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder bei der Prüfung der Frage, ob und inwieweit aufgrund des Urteils des Bundesfinanzhofes vom 19. Januar 2017, VI R 75/14, zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des Abzugs einer zumutbaren Belastung bei Krankheits- und Pflegeaufwendungen nach § 165 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 der Abgabenordnung vorläufig ergangene Einkommensteuerbescheide geändert werden können, gekommen (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 35 des Abgeordneten Richard Pitterle auf Bundestagsdrucksache 18/13113), und zu welchen fiskalischen Mindereinnahmen führt die Umsetzung des Urteils (bitte begründen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Michael Meister vom 9. Oktober 2017

Die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder sind zu der gestellten Frage zu dem Ergebnis gelangt, dass die nach § 165 Absatz 1 Satz 2 der Abgabenordnung vorläufig ergangenen Einkommensteuerbescheide geändert werden können. Es wird angestrebt, die betroffenen Steuerfälle soweit wie möglich von Amts wegen aufzugreifen. Hierzu sind jedoch noch Anpassungen der IT-Verfahren erforderlich, die noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden.

Durch die Umsetzung des Urteils ist mit Steuermindereinnahmen von jährlich 150 Mio. Euro zu rechnen. Aus der Neuberechnung der diesbezüglich vorläufigen Bescheide früherer Veranlagungszeiträume ergeben sich einmalige Steuermindereinnahmen von insgesamt rund 420 Mio. Euro.

15. Abgeordnete **Susanna Karawanskij** (DIE LINKE.)

Inwieweit gilt die Förderung des Schutzes von Ehe und Familie nach § 52 Absatz 2 Nummer 19 der Abgabenordnung als gemeinnütziger Zweck auch rückwirkend für Zeiträume vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts, und inwieweit bedarf es nach der dadurch vorgenommenen Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs weiterhin der Bezeichnung Lebenspartner(in) A bzw. B im Einkommensteuermantelbogen (bitte begründen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Michael Meister vom 9. Oktober 2017

Die Förderung des Schutzes von Ehe und Familie nach § 52 Absatz 2 Nummer 19 der Abgabenordnung ist ein gemeinnütziger Zweck, wenn die Körperschaft ihre Tätigkeit darauf ausrichtet, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Körperschaften, deren Satzungszweck es ist, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft zu fördern, sind weder gegenwärtig steuerbegünstigt noch waren sie es in der Vergangenheit. Hieran ändert sich auch durch die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partner nichts, denn nach § 52 Absatz 2 Satz 1 Nummer 19 der Abgabenordnung ist nur die Förderung der Ehe nicht jedoch die Förderung der eingetragenen Lebenspartnerschaften als ausdrücklich gesetzlicher gemeinnütziger Zweck anerkannt. Für die nicht in eine Ehe umgewandelte Lebenspartnerschaft sehen die Vordrucke zur Einkommensteuererklärung auch weiterhin eine entsprechende Eintragungsmöglichkeit vor.

16. Abgeordneter **Ulrich Kelber** (SPD)

Wie hoch waren die Dividenden, die der Bund und die KfW in den letzten fünf Jahren durch die jeweiligen Aktienpakete der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Post AG erhalten haben (bitte nach Jahren, Aktienpaket und Inhabern aufschlüsseln)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Jens Spahn vom 6. Oktober 2017

Die Dividendenzahlungen aus den jeweiligen Aktienbeteiligungen an der Deutschen Post AG und der Deutschen Telekom AG in den letzten fünf Jahren sind aus beigefügter Tabelle ersichtlich.

Dividendeneinnahmen aus der Beteiligung an der Deutsche Telekom AG

	Haushaltsjahr	2013	2014	2015	2016	2017	Summe	
Bund	Barbezug (in Mio. Euro)	452,60	323,28	107,76	121,09	203,09	1.207,82	**Bund**
	Bezug von Aktien (Stück)	-	-	13.904.842	16.491.385	12.630.060	43.026.287	
KfW	Barbezug (in Mio. Euro)	171,65	193,72	197,79	221,08	327,60	1.111,84	**KfW**
	Bezug von Aktien (Stück)	39.235.291	16.279.347	12.760.908	15.055.004	10.186.470	93.517.020	

Dividendeneinnahmen aus der Beteiligung an der Deutschen Post AG

	Haushaltsjahr	2013	2014	2015	2016	2017	Summe	
KfW	Barbezug (in Mio. Euro)	181,5	203,10	215,80	215,80	266,60	1.082,70	**KfW**
	Bezug von Aktien (Stück)	-	-	-	-	-	-	

17. Abgeordneter **Ulrich Kelber** (SPD)

Wie hoch sind die Kosten zur Refinanzierung von Krediten, die der Bund aktuell aufnimmt (bitte nach Instrumentenarten aufschlüsseln)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Jens Spahn vom 6. Oktober 2017

Nach dem Gesetz zur Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 ergeben sich aus dem Einzelplan 32 (Bundesschuld) folgende Sollansätze der Zinsausgaben, unterteilt nach Instrumentenarten (in 1 000 Euro):

– Bundesanleihen	16.776.760
– Bundesschatzbriefe	32.120
– Bundesobligation	866.981
– Schuldscheindarlehen	452.929
– Bundesschatzanweisungen	4.437

18. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Wie viele Personen (Beschuldigte, Zeugen, Hinweisgeber o. Ä.) in dem Verfahren gegen den Waffenhändler Phillip K. waren oder sind Quellen der Ermittlungsbehörden Zoll, Bundeskriminalamt oder Bundespolizei?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Michael Meister vom 6. Oktober 2017

Die Frage bezieht sich auf Informationen aus einem laufenden Ermittlungsverfahren, das von einer Landesstaatsanwaltschaft geführt wird.

Letztgenannter obliegen die Sachleitungsbefugnis und die Informationshoheit in dem Verfahren. Aufgrund der vom Grundgesetz vorgegebenen Kompetenzordnung kann hierzu keine Auskunft erteilt werden.

19. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwieweit haben Vertreter der Bundesregierung in der EU tatsächlich (siehe SZ vom 8. September 2017) gewarnt, andere EU-Mitgliedstaaten würden bei „Eindämmung schädlichen Steuerwettbewerbs“ nicht helfen („neuer Tiefpunkt“), Großbritannien etwa blockiere eine geplante schwarze Liste von Steueroasen in Drittstaaten sowie Frankreich, Italien und Spanien hielten entgegen einem EU-Beschluss schon von 2014 immer noch – und angekündigt bis auf Weiteres – Steuerschlupflöcher (v. a. sogenannte Patentboxen) offen für Unternehmen wie IKEA, Amazon oder Starbucks, und was hat die Bundesregierung darüber hinaus getan, um die genannten Länder anzuhalten, die

EU-Regelungen zur Unternehmensbesteuerung umzusetzen, insbesondere den Präsidenten Frankreichs anlässlich seiner Reden zu mehr EU-Gemeinsamkeiten bzw. Vereinheitlichung europäischer Regelungen zu veranlassen, den Worten auch Taten bezüglich der Unternehmensbesteuerung folgen zu lassen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 11. Oktober 2017

Der genannte Bericht in der „Süddeutschen Zeitung", auf den in der Frage Bezug genommen wird, beruht nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung" auf „internen Protokollen" des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Zu internen Vorgängen nimmt das BMF keine Stellung, zumal die Beratungen über den hier erwähnten Gegenstand noch längst nicht abgeschlossen sind.

Deutschland arbeitet in der internationalen und europäischen Steuerpolitik eng mit seinen Partnern zusammen. In den letzten Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit dem BEPS-Projekt der OECD, mit dem Steuervermeidung sowie Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen bekämpft werden sollen, konnte hier sehr viel erreicht werden. Gleiches gilt auch in der EU, in der durch entsprechende Richtlinien die Ergebnisse des BEPS-Projekts der OECD erfolgreich umgesetzt werden konnten. Insbesondere sind hier die 4. Änderungsrichtlinie der Amtshilferichtlinie und die Steuervermeidungsrichtlinie (ATAD I und ATAD II) zu nennen.

20. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. März 2017, 2 BvL 6/11, hinsichtlich der Ungleichbehandlung von Kapitalgesellschaften beim Verlustabzug infolge eines schädlichen Beteiligungserwerbs nach § 8c Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes (KStG), und welche fiskalischen Mindereinnahmen würden sich nach Schätzung der Bundesregierung aus dem rückwirkenden Wegfall von § 8c KStG zum 1. Januar 2008 ergeben (bitte begründen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 9. Oktober 2017

Mit Beschluss vom 29. März 2017 – 2 BvL 6/11 – (veröffentlicht am 12. Mai 2017) hat das Bundesverfassungsgericht die Vorschrift des § 8c Satz 1 KStG (jetzt § 8c Absatz 1 Satz 1 KStG) zum Verlustabzug bei Körperschaften, in der bis zum 31. Dezember 2015 geltenden Fassung, für mit dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3 Absatz 1 GG) unvereinbar erklärt. Es gibt dem Gesetzgeber bis zum 31. Dezember 2018 auf, rückwirkend für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2015 den festgestellten Verfassungsverstoß zu beseitigen.

Wird dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, tritt am 1. Januar 2019 im Umfang der festgestellten Unvereinbarkeit rückwirkend auf den Zeitpunkt seines Inkrafttretens die Nichtigkeit von § 8c Satz 1 KStG (jetzt § 8c Absatz 1 Satz 1 KStG) ein.

Die Bundesregierung prüft zurzeit die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und erörtert die Folgerungen, auch im Hinblick auf möglichen gesetzgeberischen Handlungsbedarf, mit den Ländern.

Der Bundesregierung liegen noch keine Schätzungen über fiskalische Mindereinnahmen in Zusammenhang mit einem möglicherweise eintretenden Wegfall von § 8c Satz 1 KStG zum 1. Januar 2008 vor.

21. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)

Wie ist der aktuelle Sachstand zum Notifizierungsverfahren bei der Europäischen Kommission hinsichtlich des durch das Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen eingeführten § 3a des Einkommensteuergesetzes (EStG), der eine Steuerbefreiung von Sanierungserträgen vorsieht, und wie viele Billigkeitsmaßnahmen in Form von abweichenden Steuerfestsetzungen nach § 163 Absatz 1 Satz 2 der Abgabenordnung (AO) und Stundungen nach § 222 AO sind nach Kenntnis der Bundesregierung nur noch unter Widerrufsvorbehalt nach Nummer 3 des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen vom 27. April 2017, IV C 6 - S 2140/13/10003, vorgenommen worden (bitte begründen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Michael Meister vom 9. Oktober 2017

Die Bundesregierung hat das beihilferechtliche Notifizierungsverfahren zu § 3a EStG, der eine Steuerbefreiung von Sanierungserträgen vorsieht, bei der Europäischen Kommission eingeleitet. Das Verfahren liegt nun in der Hand der Europäischen Kommission.

Da die Durchführung des Besteuerungsverfahrens den zuständigen Landesfinanzbehörden obliegt, liegen der Bundesregierung keine Informationen über die Zahl der aufgrund der Übergangsregelung vom 27. April 2017 gewährten Stundungen (§ 222 AO) und Billigkeitsmaßnahmen in Form abweichender Steuerfestsetzungen (§ 163 Absatz 1 Satz 2 AO) vor.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

22. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

Für welche Kriegswaffen hat die Bundesregierung seit dem 1. Januar 2017 Herstellungsgenehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz für die MENA-Staaten (MENA = Middle East and Northern Africa) erteilt?

Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig vom 12. Oktober 2017

Die Bundesregierung betrachtet bei der Beantwortung dieser Frage folgende Länder und Gebiete als zur MENA-Region zugehörig: Ägypten, Algerien, Bahrain, Irak, Iran, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästinensische Autonomiegebiete, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die in dem erfragten Zeitraum von der Bundesregierung erteilten Herstellungsgenehmigungen nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG), die in einem Zusammenhang mit Staaten der oben genannten MENA-Staaten stehen, betrafen Kriegswaffen der Kriegswaffenlistennummern (KWL-Nummern) 18 (Unterseeboote), 34 (Rohre für die Waffen der Nummern 29, 31 und 32), 35 (Verschlüsse für die Waffen der Nummern 29, 31 und 32), 56 (Gefechtsköpfe für die Waffen der Nummern 7 bis 9 und 40) und 57 (Zünder für die Waffen der Nummern 7 bis 9, 40, 43 etc.).

23. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

Welche Kriegswaffen wurden bisher im Jahr 2017 tatsächlich in die MENA-Staaten ausgeführt (bitte nach Wert und Güterbeschreibung auflisten)?

Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig vom 12. Oktober 2017

Daten zu tatsächlichen Ausfuhren werden durch das Statistische Bundesamt erhoben. Die Daten sind Grundlage der jährlichen Berichterstattung im Rüstungsexportbericht. Dazu verwendet das Statistische Bundesamt Meldungen von Unternehmen, die Kriegswaffen exportieren. Die Bundesregierung betrachtet bei der Beantwortung dieser Frage folgende Länder und Gebiete als zur MENA-Region zugehörig: Ägypten, Algerien, Bahrain, Irak, Iran, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästinensische Autonomiegebiete, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate. In dem hier erfragten Gesamtzeitraum wurden für Ausfuhren in diese MENA-Staaten Meldungen über tatsächliche Ausfuhren in einem Gesamtwert von ca. 1,4 Mrd. Euro verzeichnet.

Bei den hier erbetenen Angaben zu Wert- und Güterbeschreibung ist nicht auszuschließen, dass anhand der hier wiederzugebenden Einzelangaben eine Reidentifizierung der betroffenen Unternehmen erfolgen kann. Einer Veröffentlichung detaillierter Angaben stehen die Grundrechte der betroffenen Unternehmen, insbesondere ihre verfassungsrechtlich geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entgegen, da

eine weitere Aufschlüsselung Rückschlüsse auf die von den ausführenden Unternehmen getroffenen Liefervereinbarungen, deren Erfüllung und Preisabsprachen zuließe. Im Übrigen ist eine genaue Zuordnung der tatsächlichen Ausfuhren zu den Güterbeschreibungen der KWL-Nummern auf Grundlage der Meldedaten nicht möglich.

24. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Auf welcher rechtlichen Grundlage gelten die auf dem „Dieselgipfel“ am 3. August 2017 mit der Automobilindustrie verabredeten Umstiegsprämien (herstellerseitige/händlerseitige Preisnachlässe auf den Listenpreis beim Umstieg von Dieselfahrzeugen älterer Standards als Euro 5 auf Fahrzeuge mit modernster Abgasnachbehandlung oder E-Fahrzeuge) nach Auffassung der Bundesregierung als Betriebsausgaben der Unternehmen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 18/13656), und auf welche Weise hat die Bundesregierung dies geprüft (bitte unter Nennung des hier federführenden Bundesministeriums sowie der damit betrauten Fachabteilung ausführen)?

Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig vom 12. Oktober 2017

Grundsätzlich können Kosten der Umstiegsprämie nach § 4 Absatz 4 des Einkommensteuergesetzes (EStG) als betrieblich veranlasste Aufwendungen als Betriebsausgaben bei der steuerlichen Gewinnermittlung abgezogen werden, soweit dem nicht Betriebsausgabenabzugsbeschränkungen oder Betriebsausgabenabzugsverbote entgegenstehen (z. B. § 4 Absatz 5 EStG). Die steuerliche Gewinnermittlung ist durch die Steuerpflichtigen zu erstellen; deren Überprüfung obliegt den zuständigen Landesfinanzbehörden.

25. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Export von Polizeiausrüstung (wie z. B. Helme und andere Schutzkleidung, Schilder, Handschellen, Funkgeräte, Fahrzeuge, Waffen, Gummigeschosse, Elektroschocker etc.), so genannten weniger letalen Waffen, insbesondere Wasserwerfer, deren Komponenten und chemische Reizstoffe (Tränengas etc.) und IT-Technologie, die sich für die Überwachung des Internets und der Telekommunikation und deren Zensur eignet (bitte entsprechend der Ausrüstungsgegenstände nach Umfang und Warenwert auflisten), sowie geleistete Ausbildungshilfe für Sicherheitskräfte nach Spanien in den letzten fünf Jahren?

Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig
vom 13. Oktober 2017

Der Bundesregierung liegen Daten zu tatsächlichen Ausfuhren (Exporten) von sonstigen Rüstungsgütern nicht vor.

Die Bundesregierung hat seit 2013 36 Genehmigungen für in Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung) erfasste Rüstungsgüter an staatliche Stellen in Spanien erteilt:

Jahr und Ausfuhrlistenposition	**Genehmigungen**	**Wert in Euro**
2013		
A0001	4	105.360
A0003	1	*
Summe 2013	**5**	*
2014		
A0001	6	111.650
A0002	2	18.250
A0003	2	3.057
A0004	1	*
A0015	1	*
Summe 2014	**12**	**218.766**
2015		
A0001	1	*
A0002	1	*
A0018	2	7.345
Summe 2015	**4**	**118.420**
2016		
A0001	6	788.529
A0002	1	*
A0003	1	*
A0015	2	405.000
Summe 2016	**10**	**1.206.429**

Jahr und Ausfuhrlistenposition	**Genehmigungen**	**Wert in Euro**
2017		
A0001	2	312.128
A0003	1	*
A0004	1	*
A0018	1	*
Summe 2017	**5**	**320.663**
Gesamtergebnis	**36**	**1.969.838**

Hinweise:

* Die Bundesregierung folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 (BVerfGE 137, 185) und unterrichtet über abschließende positive Genehmigungsentscheidungen sowie die Eckdaten eines Ausfuhrgeschäfts, d. h. Art und Anzahl der Rüstungsgüter, das Empfängerland und das Gesamtvolumen. Die Bundesregierung sieht gemäß dem Urteil von weitergehenden Ausführungen ab.
In einzelnen Fällen könnten aus der Kombination von öffentlichen Angaben zu Stückzahlen mit den Angaben zum Wert Rückschlüsse auf den Einzelpreis bestimmter Güter geschlossen werden. Dies würde nach dem genannten Urteil des Bundesverfassungsgerichts in unverhältnismäßiger Weise in die Berufsfreiheit der Unternehmer eingreifen (vgl. Randnummern 185, 192 und 219 des Urteils). Die Auswertung erfolgt auf Basis des Genehmigungsdatenbestandes (Stand: 9. Oktober 2017); dieser kann sich durch nachträgliche Änderungen und Fehlerkorrekturen noch verändern.

Abgesehen von Rüstungsgütern ist die Lieferung von Gütern und Waren jeglicher Art innerhalb des europäischen Binnenmarktes grundsätzlich frei und unterliegt keiner Genehmigungspflicht. Dies gilt auch für unter der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 des Rates vom 5. Mai 2009 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-UseVerordnung) und der Verordnung (EG) Nr. 1236/2005 (Anti-Folter-Verordnung) gelistete Waren.

Nach Artikel 22 der Dual-Use-Verordnung ist lediglich die innergemeinschaftliche Verbringung der in Anlage IV der Verordnung gelisteten Güter ausnahmsweise genehmigungspflichtig. In den vergangenen fünf Jahren genehmigte das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle einen Ausfuhrantrag nach Anhang IV Listenposition 5D002c1 an einen staatlichen Endverwender. Hierbei handelte es sich um eine Ersatzteillieferung für eine Satellitentelefonieanlage. Die Bundesregierung hat keine polizeiliche Ausbildungshilfe zugunsten Spaniens in den letzten fünf Jahren geleistet.

26. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass trotz der Bürgschaft von 150 Mio. Euro zugunsten von Air Berlin viele Kunden ihre bereits vor dem 15. August dieses Jahres gezahlten Fluggebühren für ausgefallene Flüge nicht erstattet erhalten?

Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig vom 11. Oktober 2017

Ziel des staatlich garantierten Überbrückungskredites war und ist es, den Geschäftsbetrieb während der Verkaufsverhandlungen von Air Berlin mit Interessenten an den Vermögenswerten der Air Berlin Gruppe sicher-

zustellen und einen geordneten Übergang zu ermöglichen. Ohne Aussicht auf den Kredit hätte Air Berlin den Flugbetrieb unmittelbar mit Stellung des Insolvenzantrags eingestellt.

Die konkreten Entscheidungen zum Flugbetrieb trifft Air Berlin zusammen mit dem vorläufigen Sachwalter, der im Interesse der Gläubiger die Geschäftstätigkeit von Air Berlin während des laufenden Insolvenzeröffnungsverfahrens überwacht. Eine Einflussnahme der Bundesregierung auf das Insolvenzverfahren, das unter gerichtlicher Aufsicht nach Maßgabe insolvenzrechtlicher Vorgaben geführt wird, verbietet sich aus rechtsstaatlichen Gründen.

Die Regulierung von Ansprüchen von Kunden, die ihre Flüge vor dem 15. August 2017 gebucht und bezahlt haben, ist nur im Rahmen der insolvenzrechtlichen Vorgaben möglich. Konkret bedeutet das, dass diese Kunden nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens ihre Ansprüche nur noch als Insolvenzforderungen geltend machen und gegenüber dem Insolvenzverwalter zur Tabelle anmelden können.

Die Notwendigkeit einer darüber hinausgehenden obligatorischen Insolvenzsicherung für Fluggäste wird auf nationaler und europäischer Ebene seit langem diskutiert. Die Bundesregierung ist zu dieser Frage mit den betroffenen Kreisen und der Europäischen Kommission im Gespräch.

27. Abgeordneter **Stefan Liebich** (DIE LINKE.)

Mit welcher genauen Bezeichnung, Ausfuhrlistennummer und ggf. Kriegswaffenlistennummer werden die so genannten Mehrzweckpistolen HK69 und HK169 im Bundeswirtschaftsministerium bzw. beim BAFA geführt (falls es verschiedene Modell- und Ausstattungsvarianten, zum Beispiel zum Verschuss unterschiedlicher Munition, gibt, bitte einzeln aufführen)?

Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig vom 12. Oktober 2017

Die erfragten Waffen sind von der Kriegswaffenliste unter Nummer 30 und von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste, Nummer 0002a erfasst. Eine weitere Unterscheidung aufgrund von Modell- oder Ausstattungsvarianten wird nicht vorgenommen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

28. Abgeordnete **Doris Wagner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Betriebsrentner und Betriebsrentnerinnen unter den Beziehern und Bezieherinnen von Altersrente in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach Geschlecht und nach prozentualem Anteil aufschlüsseln), und wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Betriebsrente unter den Beziehern und Bezieherinnen von Altersrente im letzten verfügbaren Jahr (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller vom 5. Oktober 2017

Die Bundesregierung berichtet einmal je Legislaturperiode in ihrem Alterssicherungsbericht (ASB) auf Basis von Ergebnissen der Befragung Alterssicherung in Deutschland (ASID) ausführlich über die Einkommenssituation der 65-Jährigen und Älteren, insbesondere auch differenziert nach den einzelnen Einkommenskomponenten und nach Geschlecht. Dem ASB 2016 lässt sich entnehmen, dass im Jahr 2015 rund 29 Prozent der männlichen Bezieher neben einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auch eine Rente aus eigener betrieblicher Altersversorgung der Privatwirtschaft von durchschnittlich 597 Euro monatlich bezogen haben. Bei den Frauen galt dies für rund 7 Prozent mit einem Durchschnittsbetrag von 242 Euro monatlich.

Im Jahr 2011 bezogen rund 28 Prozent der männlichen Bezieher neben einer Rente der GRV zusätzlich eine Rente aus eigener betrieblicher Altersversorgung der Privatwirtschaft von durchschnittlich 570 Euro monatlich. Bei den Frauen waren es rund 7 Prozent mit durchschnittlich 204 Euro monatlich. Werte für die Zwischenjahre liegen nicht vor.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

29. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass für Lebensmittel aus Japan laut der Durchführungsverordnung (EU) 2016/6 strengere Grenzwerte für Cäsium gelten als für Lebensmittel aus anderen Regionen, für die die Verordnung (EG) Nr. 733/2008 gilt, und setzt sich die Bundesregierung dafür ein, die für japanische Lebensmittelimporte geltenden, strengeren Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln auch für Importe aus anderen Ländern anzuwenden (wenn nein, bitte erläutern)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth vom 9. Oktober 2017

Die Verordnung (EU) Nr. 733/2008 über die Einfuhrbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl gilt nur für Importe aus Drittstaaten, die von dem Tschernobyl-Unglück betroffen waren. Für japanische Produkte gilt die Verordnung nicht, da Japan vom Tschernobyl-Unfall nicht betroffen war. Es gab also nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima am 11. März 2011 keine rechtliche Regelung für japanische Lebens- und Futtermittelimporte.

Da im März 2011 die Europäische Kommission darüber unterrichtet wurde, dass Japan radiologische Grenzwerte längerfristig eingeführt hat, erfolgte bereits mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 351/2011 vom 11. April 2011 für Lebens- und Futtermittel, deren Ursprung oder Herkunft Japan ist, eine Angleichung an die strengen japanischen Grenzwerte. Um sicherzustellen, dass Erzeugnisse, die in Japan nicht verkehrsfähig sind, nicht in die EU importiert werden, wurde in der EU der gleiche Höchstgehalt für Cäsium wie in Japan festgelegt.

Nach dem aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand und nach übereinstimmender Einschätzung der deutschen Fachbehörden sind die Menschen in Deutschland und Europa mit den geltenden Werten der Tschernobyl-Verordnung umfassend vor gesundheitlichen Risiken geschützt. Aus gesundheitlichen Gründen ist eine Absenkung für Importe aus anderen Ländern nicht notwendig.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

30. Abgeordneter **Thomas Hitschler** (SPD)

Welche konkreten militärischen Notwendigkeiten sieht die Bundesregierung aktuell jeweils für die Fortsetzung der Bundeswehreinsätze in der Türkei (Inherent Resolve, Standing NATO Maritime Group 2), in Jordanien (Inherent Resolve) und im Irak (Inherent Resolve)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ralf Brauksiepe vom 10. Oktober 2017

Die sicherheitspolitischen und militärischen Rahmenbedingungen der in der Frage genannten Einsätze unterliegen der kontinuierlichen Prüfung durch die Bundesregierung.

Auch wenn im Kampf gegen die Terrororganisation IS in Syrien und im Irak bereits erhebliche Fortschritte erzielt worden sind, ist der IS noch nicht vollständig und dauerhaft aus der Fläche vertrieben. Daher sind weiterhin militärische Anstrengungen erforderlich, die seitens der Bundesregierung in einen breiten zivilen Gesamtkontext eingebettet sind.

Bezüglich einer Fortsetzung der betreffenden Bundeswehrmandate im Kampf gegen den IS wird die Bundesregierung die notwendigen Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren rechtzeitig einleiten.

Der Einsatz der Standing Maritime Group 2 erfolgt u. a. im Rahmen der NATO-Aktivität in der Ägäis. Hierbei handelt es sich um keinen mandatierten bzw. mandatierungspflichtigen Einsatz. Die Aktivität ist der Beitrag der NATO zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Die durch die Schiffe im Einsatzgebiet bereitgestellten Lagedaten vervollständigen das Lagebild der Anrainerstaaten und versetzen diese in die Lage, schneller auf illegale Schleusertätigkeiten und potentielle Seenotsituationen reagieren zu können.

31. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

In welchen Fällen werden Flüge, die im Auftrag der Bundeswehr bzw. des Bundesministeriums der Verteidigung durch die aserbaidschanische Airline „Silk Way Airlines“ gechartert werden, als „Diplomatenflüge“ durchgeführt (http://gleft.de/1UL), und welche dieser „Diplomatenflüge“ haben in den Jahren 2016 und 2017 stattgefunden (sofern die Anzahl dieser Flüge die für eine Beantwortung Schriftlicher Fragen zulässigen Angaben von 28 Einzelangaben übersteigt, bitte als monatliche Kategorien angeben)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Ralf Brauksiepe
vom 11. Oktober 2017

Die Bundeswehr und das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) haben im erfragten Zeitraum keine Diplomatenflüge oder Flüge mit diplomatischer Fracht bei der aserbaidschanischen Silk Way Airline oder einem Rahmenvertragspartner in Auftrag gegeben. Auch darüber hinaus sind keine Fälle, in denen die Bundeswehr oder das BMVg Flüge als Diplomatenflüge in Auftrag gab, bekannt.

32. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Wie viele deutsche Waffen – unter Angabe der Art der Bewaffnung und des aktuellen Verbleibnachweises je Kategorie – wurden aus dem Bestand der Bundeswehr in den Nordirak im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat geliefert, und inwieweit sollen diese Waffen nach Deutschland zurückgeholt werden?

33. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Inwieweit sieht die Bundesregierung angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden die Gefahr, dass diese Waffen in einem Bürgerkrieg oder in einer Auseinandersetzung mit der Türkei eingesetzt werden könnten, und wie reagiert die Bundesregierung in diesem Fall?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Ralf Brauksiepe
vom 10. Oktober 2017

Die Fragen 32 und 33 werden im Zusammenhang beantwortet.

Zu den Angaben der gelieferten Waffen aus dem Bestand der Bundeswehr an die Regionalregierung der Region Kurdistan-Irak wird auf die als Verschlusssache – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH – beigefügte Anlage* verwiesen. Die Einstufung erfolgt, um Rückschlüsse auf Kampfkraft bzw. Ausrüstung der Peschmerga im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ zu vermeiden.

Die Regionalregierung der Region Kurdistan-Irak hat sich verpflichtet, die gelieferten Güter nur im Einklang mit dem Völkerrecht und insbesondere dem humanitären Völkerrecht einzusetzen. Die Regionalregierung der Region Kurdistan-Irak hat ferner erklärt, dass die von der Bundesregierung bereitgestellten Güter nur im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ und zur Verteidigung der Zivilbevölkerung genutzt werden. Die Einhaltung dieser Zusicherungen ist eine notwendige Grundlage für die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Irak im Kampf gegen den „Islamischen Staat“. Die Regionalregierung der Region Kurdistan-Irak ist sich dessen bewusst.

* Das Bundesministerium der Verteidigung hat die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ralf Brauksiepe vom 10. Oktober 2017 als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft. Sie ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

Die Bundesregierung ist mit allen Beteiligten im Irak sowie mit den Nachbarstaaten und internationalen Partnern im Gespräch und wirkt auf eine friedliche und einvernehmliche Lösung zwischen der irakischen Regierung und der kurdischen Regionalregierung hin.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

34. Abgeordnete **Katja Kipping** (DIE LINKE.)

Wie viele Anträge auf Unterstützung sind nach Ende der Antragsfristen beim Fonds „Heimerziehung in der DDR“ am 30. September 2014 und „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ am 31. Dezember 2014 gestellt worden, und bei welchen Institutionen können nach Kenntnis der Bundesregierung Betroffene Unterstützung erhalten, die Anträge nach dem Ende der Antragsfrist gestellt haben?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks vom 10. Oktober 2017

Die Möglichkeit der nachträglichen Berücksichtigung in enger Anlehnung an § 32 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand) bestand bis zu einem Jahr nach Ablauf der Anmeldefrist. Bis dahin hatten insgesamt 2 505 Betroffene Anträge auf nachträgliche Berücksichtigung gestellt (1 163 Fonds West, 1 342 Fonds DDR). Davon wurden in 285 Fällen ausreichende Nachweise erbracht, so dass die Anträge positiv entschieden werden konnten (119 Fonds West, 166 Fonds DDR).

Es besteht die Möglichkeit, bis Ende der Fondslaufzeit (31. Dezember 2018) die Unterstützung der Fonds im Rahmen der sogenannten Lotsenfunktion der Anlauf- und Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen. Diese beraten Betroffene zu weitergehenden Hilfen, wie zum Beispiel der gesetzlichen Systeme, und vermitteln in diese. Zudem unterstützen sie Betroffene bei Behördengängen und helfen ihnen bei der Suche nach Heimakten und Angehörigen. Diese Leistungen stehen auch Betroffenen offen, die sich nicht rechtzeitig für finanzielle Hilfen angemeldet haben.

35. Abgeordnete **Christina Schwarzer** (CDU/CSU)

Welche Projekte mit welchem Förderumfang wurden im Jahr 2017 aus dem Titel des Kinder- und Jugendplans (KJP) des Einzelplans 17 bewilligt (bitte konkret mit Datum und Namen benennen)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks vom 9. Oktober 2017

Im Jahr 2017 wurden bisher Projekte mit einem Förderumfang von 189,115 Mio. Euro im Einzelplan 17 in Kapitel 17 02 Titel 684 01 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) bewilligt. In den bewilligten Mitteln sind auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds enthalten. Die konkreten Daten entnehmen Sie bitte der beigefügten Tabelle.

36. Abgeordnete **Christina Schwarzer** (CDU/CSU)

Welche Laufzeit haben die entsprechenden Projekte?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks vom 9. Oktober 2017

Die konkreten Daten zur jeweiligen Laufzeit sind ebenfalls der beigefügten Tabelle zu entnehmen.

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Adolf Bender Zentrum e. V. Verein zur Förderung demokratischer Traditionen e. V.	Modellprojekt „Es geht auch anders – ein inklusives Medienprojekt“		01.10.2016	31.03.2019	41.100,00
Adolf Bender Zentrum e. V. Verein zur Förderung demokratischer Traditionen e. V.	We.Are.Your. Friends 2.0 – Social Media für & mit neu zugewanderten Jugendlichen		01.09.2016	31.08.2019	39.490,82
AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e. V.	Jahresförderung 2017		01.01.2017	31.12.2017	392.350,00
Africa Positive e. V.	Das Projekt „Erzähl mal“ fördert die Kompetenzen von Jugendlichen durch einen Austausch mit Vorbildpersonen. Durch Mentoring und bedarfsgerechte Unterstützung je nach persönlichen Bedürfnissen wird ihr Selbstwertgefühl gestärkt.		01.11.2015	31.10.2018	38.940,40
AGFJ Sachsen	international scouts		01.05.2017	31.12.2019	24.188,00
Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW e. V.	Gründung eines europäischen Netzwerkes Observatory für Kulturelle Jugendbildung		01.03.2016	28.02.2019	29.360,00
Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW e. V.	Kulturelle Jugendbildung institutionelle Förderung		01.01.2017	31.12.2017	976.000,00
Akademie Remscheid für das Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland	Kulturelle Jugendbildung (KJF) Betriebskostenzuschuss Kinder- und Jugendfilmzentrum		01.01.2017	31.12.2017	889.652,00
Akademie Remscheid für das Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland	Kinder- und Jugendfilmzentrum „Mein Deutschland“		01.04.2017	31.07.2019	64.500,00
Akademie Remscheid für das Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland	Deutscher Multimediapreis mb21		01.01.2017	31.12.2017	85.000,00
AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V.	AKSB – Gesamtantrag 2017 (Kurse und AT, Personal und Sonstige Aktivitäten		01.01.2017	31.12.2017	1.619.375,00
AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V.	KJP 2017, Handlungsfeld 1, Internationale Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	126.000,00
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V.	Austausch mit Polen/ Osteuropa- Bildungsreferentin IJBS Auschwitz-Personal- und Sachkostenförderung		01.01.2017	31.12.2017	62.850,00
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V.	Internationale Jugendgemeinschaftsdienste		01.01.2017	31.12.2017	348.240,00
aktuelles forum nordrhein-westfalen e. V.	peer-to-peer Mobilitätslotse		01.04.2017	30.11.2019	34.340,00
aktuelles forum nordrhein-westfalen e. V.	Werkstattgespräche 2017		01.01.2017	31.12.2017	18.140,00
Alice Salomon Hochschule Berlin	Gute, gesunde Kindertagespflege		01.01.2017	31.12.2018	156.489,00
Alte Feuerwache e. V.	Alltäglich gemeinsam		01.09.2017	30.08.2020	16.652,06
Amaro Foro – transkulturelle Jugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma- e. V.	Förderung der gleichberechtigten Teilhabe junger Sinti und Roma in Berlin durch zivilgesellschaftliches Engagement und durch die Stärkung des Selbstwertgefühls junger Sinti und Roma.		01.11.2014	31.10.2017	41.333,33

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
ARBEIT UND LEBEN, Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e. V.	Arbeit und Leben, Antrag 2017 (KuAs, KlA, PK und SoA)		01.01.2017	31.12.2017	1.221.600,00
ARBEIT UND LEBEN, Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e. V.	BAP 2017 – Bundesausschuss für politische Bildung (Förderung von Personalkosten und SoAs)		01.01.2017	31.12.2017	139.436,15
ARBEIT UND LEBEN, Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e. V.	KJP-Internationaler Jugendaustausch/Längerfristige Förderung 2017		01.01.2017	31.12.2017	37.000,00
ARBEIT UND LEBEN, Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e. V.	KJP 2017, Deutsch-Chinesischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	21.900,00
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V. (ASB)	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung KJP 10.01 Allgemeine Jugendverbände u. 14.01.01 internationale Globalmittel		01.01.2017	31.12.2017	108.100,00
Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Schleswig-Holstein e. V.	Durchführung eines 2 Tägigen-Workshop zum Thema „Umgang mit Konflikten“. Teilnehmer innen 20 Flüchtlinge, die wir über ein niedrigschwelliges Angebot kennen		17.07.2017	23.10.2017	853,41
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.	Anteilmäßige Kosten für die Zentralstelle (Zentralstellenverfahren)		15.09.2003	31.12.2017	13.583,33
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.	GF-H Beratung – Förderung von Personal- und Sachkosten für die Beratung nach den Richtlinien „Garantiefonds Hochschulbereich“ (RL-GF-H)		01.01.2017	31.12.2017	316.960,00
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.	Förderung von Personal- und Sachkosten für die Jugendmigrationsdienste Förderung von Maßnahmen		01.01.2017	31.12.2017	8.486.864,00
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.	GF-H Beratung – Förderung von Personal- und Sachkosten für die Beratung nach den Richtlinien „Garantiefonds Hochschulbereich“ (RL-GF-H)		01.01.2018	31.12.2018	0,00
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.	Beantragung von Projekten für die AWO Gliederungen, die die gesellschaftliche Integration von jugendlichen Zugewanderten mit dauerhafter Bleibeperspektive fördern. Beratung und Betreuung der aktuell laufenden GWO-Projekte.		01.07.2017	30.06.2020	23.727,76
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.	Jährliche Projektförderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Trägers AWO in den beiden Handlungsfeldern: Weitere bundeszentrale Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit im HHJ 2017		01.01.2017	31.12.2017	897.120,00
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg e. V.	Juniorenbotschafterinnen der Vielfalt. Argumentationstraining		01.09.2017	31.12.2017	10.743,80
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V.	VJM-Woche im youngPOINTreformation (yPr) – Schulungswoche zu Strategien der Gewinnung und Motivation bereits engagierter Ehrenamtlicher in Vereinen junger Migrant*innen		04.09.2017	10.09.2017	15.000,00
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	4.401.220,00
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V.	„Reformiert euch!“, darin oyoungPOINTreformation – Ausstellung und Themenparcours für junge Menschen im Reformationssommer 2017 Erlebnispädagogik mit Inklusion Internationales Jugendcamp		01.03.2016	31.12.2017	843.858,00
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V.	KJP 2017 Deutsch-Chinesischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	8.700,00
Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute e. V.	Handlungsfeld I: Kinder- und Jugendarbeit und außerschulische Kinder- und Jugendbildung – Politische Jugendbildung und internationale Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	1.032.265,00
Arbeitsgemeinschaft Jugendschriftum für Blinde	Kulturelle Jugendbildung – Jahresantrag KJP		01.03.2017	31.12.2017	10.000,00
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten – Unabhängige Institutionen für politische Bildung und Jugendarbeit	ADB Projektförderung 2017 (Zuwendungen für Kurse/Arbeitstagungen und Personalkosten)		01.01.2017	31.12.2017	1.452.600,00
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten – Unabhängige Institutionen für politische Bildung und Jugendarbeit	KJP 2017, politische Jugendbildungsarbeit		01.01.2017	31.12.2017	83.000,00
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten – Unabhängige Institutionen für politische Bildung und Jugendarbeit	KJP 2017, Deutsch-Chinesischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	37.800,00
Arbeitskreis für Jugendliteratur eingetragener Verein	Kulturelle Jugendbildung, Jahresantrag 2017		01.01.2017	31.12.2017	588.500,00
Arbeitskreis für Jugendliteratur eingetragener Verein	Kulturelle Jugendbildung, Jahresantrag 2017 „Preissummen DJLP)		13.10.2017	31.12.2017	72.000,00
Arbeitskreis gemeinnütziger Jugendaustauschorganisationen	Workshop zur Qualifizierung von Fachkräften zur Ansprache von Gastfamilien im außerschulischen Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	4.985,00
Arbeitskreis Internationaler Gemeinschaftsdienste in Deutschland e. V.	Jugendgemeinschaftsdienste 2017		01.01.2017	31.12.2017	263.450,00
Arbeitskreis Musik in der Jugend e. V. (AMJ)	Jahresantrag KJP, kulturelle Jugendbildung		01.01.2017	31.12.2017	175.000,00
Arbeitskreis Musik in der Jugend e. V. (AMJ)	kulturelle Jugendbildungsarbeit		01.01.2017	31.12.2017	114.000,00
ASSITEJ e. V. Bundesrepublik Deutschland	Jahreszuwendung Kulturelle Jugendbildung Projektförderung ASSITEJ und Haushaltsplan Kinder- und Jugendtheaterzentrum		01.01.2017	31.12.2017	715.300,00
ASSITEJ e. V. Bundesrepublik Deutschland	KJP 2017 Längerfristige Förderung		01.01.2017	31.12.2017	22.000,00
Bayerischer Jugendring	Förderung des Koordinierungszentrums TANDEM für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch 2017		01.01.2017	31.12.2017	1.140.000,00
BDKJ-Bundesstelle	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2017 bis 2019, Bundesweite 72-Stunden-Aktion des BDKJ		01.04.2017	31.12.2019	60.000,00
Bezirksamt Mitte von Berlin	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.02.2015	31.12.2018	1.901,05
Bezirksamt Mitte von Berlin	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.02.2015	31.12.2018	32.785,89
Bezirksamt Neukölln von Berlin	ESF – JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	37.383,20
Bezirksamt Pankow von Berlin	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	157.376,63
Bezirksamt Spandau von Berlin	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.08.2015	31.12.2018	29.350,63

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Bezirksamt Spandau von Berlin	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.08.2015	31.12.2018	36.647,91
Bildungszentrum Saalfeld GmbH	Im Projekt „Wegweiser“ wird ein begleitetes Patenschaftsmodell aufgebaut. Initiierte Begleitertreffen dienen der Reflexion und informelle Veranstaltungen und Mikroprojekte tragen zur interkulturellen Verständigung bei.		01.09.2015	31.08.2018	42.600,00
Blinde Kuh e. V.	Kindersuchmaschine „Blinde Kuh“ – 5. Förderperiode		01.08.2016	31.07.2019	399.995,41
Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V.	Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	10.225,00
Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V. (BDAJ)	Jugendverbandsarbeit		01.01.2017	31.12.2017	41.300,00
Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Trägerwerk Berlin e. V.	Lebenswege – Heimat neu gedacht		01.03.2017	30.09.2019	50.000,00
Bund der Deutschen Landjugend im Deutschen Bauernverband e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung KJP 10.01 Allgemeine Jugendverbände und 14.01.01 internationale Globalmittel		01.01.2017	31.12.2017	886.120,00
Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze	Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	92.600,00
Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze	KJP 2017-Internationaler Jugendaustausch Längerfristige Förderung		01.01.2017	31.12.2017	2.600,00
Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	321.652,00
Bund der Vertriebenen -Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände- e. V.	„Wir sind nicht anders – wir gehören dazu“ Altersgruppe zwischen 14 und 27 Jahren, Schwerpunkt: Das Bild junger Menschen mit Migrationshintergrund und einzelner Migrantengruppen in der Öffentlichkeit verbessern.		01.09.2014	31.08.2017	31.680,00
BUND DEUTSCHER AMATEURTHEATER e. V.	Jahresantrag KJP 2017, kulturelle Jugendbildung		01.01.2017	31.12.2017	12.330,00
Bund Deutscher Karneval e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.01 Allgemeine Jugendverbandsarbeit 2017		01.01.2017	31.12.2017	48.800,00
Bund Deutscher Karneval e. V.	KJP 2017, Internationale Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	2.670,00
Bund deutscher Pfadfinder/innen e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	284.400,00
Bund ostdeutscher Gemeinschaftsdienste e. V. (BOG)	Jugendgemeinschaftsdienste 2017		01.01.2017	31.12.2017	216.300,00
Bundesakademie für musikalische Jugendbildung	Kulturelle Jugendbildung, institutionelle Förderung		01.01.2017	31.12.2017	990.000,00
Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	ESF-Regiestelle „JUGEND STÄRKEN im Quartier“		01.01.2014	31.12.2017	152.298,16
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.01 Allgemeine Jugendverbandsarbeit 2017		01.01.2017	31.12.2017	100.000,00
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)	KJP Längerfristige Förderung		01.01.2017	31.12.2017	16.200,00
Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e. V.	Unterstützung der Arbeit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung		27.11.2015	31.12.2018	341.937,00
Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e. V.	Förderung 2017 aufgrund der Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	330.000,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.	Projekt: Servicebüro Jugendmigrationsdienste – Öffentlichkeitsarbeit für das Programm „Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund“		01.01.2015	31.12.2018	709.010,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.	JMD – Online-Beratung als niedrigschwelliges Angebot oder bereits im Heimatland		01.01.2015	31.12.2017	42.776,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.	Modellprojekt „jmd2start – Beratung für junge Flüchtlinge“		01.07.2015	30.06.2018	3.030.073,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.	GF-H Beratung – Förderung von Personal- und Sachkosten für die Beratung nach den Richtlinien „Garantiefonds Hochschulbereich“ (RL-GF-H)		01.01.2017	31.12.2017	1.571.930,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.	Förderung von Personal-, Sach- und Maßnahmekosten für die Jugendmigrationsdienste Förderung von Personal- und Sachkosten in der Zentralstelle BAG evangelische Jugendsozialarbeit Förderung der sonstigen Einzelmaßnahmen lt. Antrag		01.01.2017	31.12.2017	15.709.299,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.	KJP-handlungsfeldübergreifende Projektförderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Trägers, der BAG EJSA in den beiden Handlungsfeldern Jugendsozialarbeit und internationale Jugendarbeit (Internationale Begegnungen) im HHJ 2017		01.01.2017	31.12.2017	733.590,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.	GF-H Beratung – Förderung von Personal- und Sachkosten für die Beratung nach den Richtlinien „Garantiefonds Hochschulbereich“ (RL-GF-H)		01.01.2018	31.12.2018	0,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.	Sammelantrag der Diakonie Deutschland für Kapitel 1702 Titel 684 01		01.04.2017	30.04.2020	73.484,00
Bundesarbeitsgemeinschaft für Haltungs- und Bewegungsförderung	Jugendarbeit Teilbewilligungsantrag 2017		01.01.2017	31.12.2017	148.000,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Internationale Soziale Dienste e. V.	Jugendgemeinschaftsdienste 2017		01.01.2017	31.12.2017	342.900,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit e. V.	Weiterentwickelte Fortsetzungsmaßnahme „mein Testgelände 2.0“ zum Projekt „Webportal von und für Jungen“		01.01.2016	31.12.2018	54.325,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAGKJS)	GF-H Beratung – Förderung von Personal- und Sachkosten für die Beratung nach den Richtlinien „Garantiefonds Hochschulbereich“ (RL-GF-H)		01.01.2017	31.12.2017	1.811.000,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS)	Projektförderung des im Handlungsfeld: JSA ab dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Trägers, der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e. V. einschließlich der von ihr für die Stabstelle des Kooperationsverbundes JSA für 2017 mit beantragten Förderung		01.01.2017	31.12.2017	1.442.496,60

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozial-arbeit (BAGKJS)	GF-H Beratung – Koordinierung und Förderung von Personal- und Sach-kosten für die Beratung nach den Richtlinien „Garantiefonds Hochschul-bereich“ (RL-GF-H)		01.01.2018	31.12.2018	0,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugenderho-lungszentrum e. V. (BAG KiEZ e. V.)	KJP- Längerfristige Förderung 2017		01.06.2017	31.12.2017	30.000,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) e. V.	Fortsetzung Jugendschutz-Parcours- Die Beschäftigung mit dem Kinder- und Jugendschutz attraktiver machen		01.01.2016	31.12.2017	123.500,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) e. V.	Infrastrukturförderung 2017		01.01.2017	31.12.2017	348.051,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e. V.	KJP, Genderbezogene Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe		01.01.2017	31.12.2017	29.981,00
Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Ju-gendeinrichtungen (BAG OKJE e. V.) c/o AGJF Ba-den Württemberg	Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	20.000,00
Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit e. V.	Förderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Träger, der BAG ÖRT im Handlungsfeld: Jugendsozialarbeit im HHJ 2017		01.01.2017	31.12.2017	293.847,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Men-schen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e. V. (BAG SELBST-HILFE)	Jahresförderung / Fachverband junge Menschen mit Behinderung		01.01.2017	31.12.2017	96.967,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel und Theater	Jahresantrag KJP 2017 kulturelle Bildung		01.01.2017	31.12.2017	133.000,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel und Theater	KJP – 2017 Längerfristige Förderung kulturelle Bildung		01.01.2017	31.12.2017	57.300,00
Bundesarbeitsgemeinschaft Zirkuspädagogik e. V.	Kulturelle Jugendbildung, Jahresantrag 2017 Projektförderung Bundesar-beitsgemeinschaft Zirkuspädagogik		01.01.2017	31.12.2017	38.590,00
BundesForum Kinder- und Jugendreisen	Personalkostenförderung / Arbeitstagungen / Sonstige Aktivitäten		01.01.2017	31.12.2017	170.000,00
Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung		01.01.2017	31.12.2017	261.900,00
Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V.	BKE 2017 (Geschäftsstelle, Infrastrukturförderung)		01.01.2017	31.12.2017	529.000,00
Bundesministerium des Innern (BMI)	Zuweisung an die Bundeszentrale für Politische Bildung (BPB) für Pro-jekt „Ehtik und Games“		01.11.2015	31.03.2018	39.863,57
Bundesministerium für Gesundheit	Weiterführung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) – Aufga-benreich Kompetenzzentrum für Frühe Hilfen und präventivem Kinder-schutz		01.01.2011	31.12.2019	1.741.121,12
Bundesministerium für Gesundheit	Bundesweite Initiative zur Prävention sexuellen Missbrauchs		01.01.2012	31.12.2018	1.298.000,00
Bundesstiftung Magnus Hirschfeld	Fachtagung Familie von morgen		02.01.2017	30.06.2017	8.161,00
Bundesverband behinderter Pflegekinder e. V.	BbP 2017 – Durchführung eines Familienseminars sowie Gestaltung, Druck und Versand der Verbandzeitschrift „mittendrin“		01.01.2017	31.12.2017	18.000,00
BUNDESVERBAND DER FRIEDRICH-BÖDE-CKER-KREISE	Jahresantrag KJP 2017, kulturelle Jugendbildung		01.01.2017	31.12.2017	50.000,00
Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpä-dagogischen Einrichtungen e. V.	Projektförderung, Personalkosten und Sonstige Aktivitäten		01.01.2017	31.12.2017	143.000,00
Bundesverband für Kindertagespflege e. V.	Projekt zur Unterstützung der Implementierung des kompetent-orientierten Qualifizierungshandbuchs (QHB) in die Praxis der Grundqualifizierung und zur Qualitätssicherung in der Grund – und Weiterbildqualifizierung von Kindertagespflege-personen		01.01.2015	31.12.2017	244.726,00
Bundesverband für Kindertagespflege e. V.	Jährliche Förderung von Personalkosten und Einzelprojekten 2017 – Ver-bandsförderung		01.01.2017	31.12.2017	308.505,00
Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e. V.	Jahresförderung / Fachverband junge Menschen mit Behinderung		01.01.2017	31.12.2017	136.320,00
Bundesverband Jugend und Film e. V. (BJF)	Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	176.000,00
Bundesverband Jugend und Film e. V. (BJF)	KJP 2017 -Internationaler Jugendaustausch/Längerfristige Förderung-		01.01.2017	31.12.2017	18.000,00
Bundesverband Kulturarbeit in der evangelischen Ju-gend e. V.	Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	145.000,00
Bundesverband Theaterpädagogik e. V.	Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	55.000,00
Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände	Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	90.000,00
Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbil-dung e. V.	Mixed up Plattform für Jugendbildung, Kultur und Schule		01.02.2014	31.01.2017	6.800,00
Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbil-dung e. V.	Jahreszuwendung Kulturelle Jugendbildung		01.01.2017	31.12.2017	850.200,00
Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbil-dung e. V.	KJP Innovationsfonds 2017 – 2019		01.03.2017	30.09.2019	18.569,00
Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbil-dung e. V.	KJP, Deutsch-Japanische Austauschprogramme		01.11.2016	30.04.2017	18.686,00
Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbil-dung e. V.	KJP 2017 – Internationaler Jugendaustausch/Längerfristige Förderung-		01.01.2017	31.12.2017	160.000,00
Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbil-dung e. V.	KJP 2017, Deutsch-Chinesischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	25.200,00
Bundesvereinigung Lebenshilfe	Jahresförderung / Fachverband junge Menschen mit Behinderung		01.01.2017	13.12.2017	185.000,00
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	bundesweiten Initiative zur Prävention sexuellen Missbrauchs (Trau Dich!) – Personal- und Sachkosten		01.01.2017	31.12.2017	602.000,00
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	Weiterführung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen – Personal- und Sachkosten Kompetenzzentrum		01.01.2017	31.12.2017	551.978,88

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Burgenlandkreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	118.132,58
Bürger Europas eingetragener Verein	BE – Gesamtantrag 2017, Sonstige Aktivität nach Nr. VI 2.5 RL-KJP		15.02.2017	31.12.2017	12.000,00
Caritasverband für das Dekanat Zollern e. V.	"We are the future -The future is now!"		01.04.2017	31.03.2020	25.000,00
Caritasverband für die Dekanate Dinslaken und Wesel e. V.	Jugend zeigt Vielfalt Lokale Jugendgruppen sollen interkulturell für zugewanderte Jugendliche geöffnet werden. Als institutionelles Forum wird das Musik-Cafe „For everyone" eingerichtet, das gemeinsames Musik hören, musizieren oder gegenseitigen Austausch ermöglicht.		01.07.2017	30.06.2019	24.070,10
Charité – Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin – Universitätsklinikum Berlin Campus Berlin Mitte	Primäre Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch durch Jugendliche (PPJ) – Hauptstudie		01.04.2014	31.12.2017	249.645,32
Chorjugend im Deutschen Chorverband e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017, Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit und Internationale Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	191.200,00
Christliche Arbeiterjugend (CAJ) Deutschland e. V.	Viele Sprachen – eine Stimme. Ein Projekt zur interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit der Christlichen Arbeiterjugend Berlin.		01.09.2016	31.08.2019	37.863,00
Council of the Baltic Sea States	Jahresbeitrag Deutschlands in Haushaltsjahr 2017 für das Kinderreferat innerhalb des Sekretariats des Council of the Baltic Sea States (Rats der Ostseestaaten).		01.01.2017	31.12.2017	26.520,00
DAA Deutsche Angestellten-Akademie GmbH	Landebahn – Jugendliche Asylbewerber und Flüchtlinge werden gemeinsam mit Jugendlichen aus Goslar aktiv.		01.09.2016	31.08.2018	47.655,18
Das Reisenetz e. V.	Curriculum und Jugendreisenorm		01.04.2017	30.11.2017	15.000,00
DBB Beamtenbund und Tarifunion	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.01 Allgemeine Jugendverbandsarbeit 2017		01.01.2017	31.12.2017	182.470,00
Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur e. V.	02. Kulturelle Jugendbildung – Jahresantrag KJP		01.01.2017	31.12.2017	2.045,00
Deutsche Beamtenbund Jugend	Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	9.100,00
Deutsche Bläserjugend (DBJ)	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	206.500,00
Deutsche Esperanto-Jugend e. V.	KJP -Internationaler Jugendaustausch/Längerfristige Förderung-		01.01.2017	31.12.2017	7.500,00
Deutsche Gesellschaft der Hörgeschädigten-Selbsthilfe und Fachverbände e. V.	Jahresförderung / Fachverband junge Menschen mit Behinderung		01.01.2017	31.12.2017	126.300,00
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	DAP Deutsch-Amerikanisches Praktikantenprogramm und CIP Fortbildungsprogramme für Fachkräfte aus dem Sozialbereich der Kinder- und Jugendhilfe		01.01.2017	31.12.2017	315.000,00
Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGfPI) e. V.	Bundesweites Modellprojekt 2015 – 2018 zum Schutz von Mädchen und Jungen mit Behinderung vor sexualisierter Gewalt in Institutionen		11.11.2014	30.06.2020	1.176.038,91
Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGfPI) e. V.	DGfPI e. V.: Bundeskoordinierungsstelle der spezialisierten Fachberatungsstellen, die zum Thema sexualisierte Gewalt in der Kindheit und Jugend arbeiten (BUKo Phase II, 2016- 2019)		27.06.2016	30.06.2019	564.298,82
Deutsche Gesellschaft, eingetragener Verein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa	DG – Gesamtantrag 2017 (Zuwendung für Kurse und Arbeitstagungen sowie Sonstige Aktivitäten)		01.01.2017	31.12.2017	70.000,00
Deutsche Jugend aus Rußland e. V.	MPS für Ehrenamtliche im Bereich der Jugendintegrationsarbeit Strategien zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. „Kulturelle Vielfalt versus Menschenfeindlichkeit".		01.05.2017	31.12.2017	13.860,00
Deutsche Jugend aus Rußland e. V.	Präventive Strategien zur Verhinderung von Radikalisierungstendenzen		01.09.2017	31.12.2017	13.800,00
Deutsche Jugendfeuerwehr	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	307.200,00
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH	jugend.beteiligen.jetzt		01.01.2016	31.12.2018	450.000,00
Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg e. V.	KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2016 bis 2019		01.11.2016	31.12.2019	70.000,00
Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	556.350,00
Deutsche Philatelisten-Jugend e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2017		01.01.2017	31.12.2017	22.670,00
Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos, München	Circus unites the world – führt junge zugewanderte und junge Menschen der Aufnahmegesellschaft zusammen. Zirkus ist international, kreativ, öffnet, funktioniert ohne Sprache und ist für jeden. Er integriert, baut Vorurteile ab und befähigt zur Teilhabe und Verantwortung.		01.04.2017	31.03.2020	12.500,00
Deutsche Schreberjugend Bundesverband e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.01 Allgemeine Jugendverbandsarbeit 2017		01.01.2017	31.12.2017	171.400,00
Deutsche Schreberjugend Bundesverband e. V.	Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	19.700,00
Deutsche Trachtenjugend e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.01 Allgemeine Jugendverbandsarbeit 2017		01.01.2017	31.12.2017	89.600,00
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V.	Förderung Personalkosten nach Nr. III 3.3 RL-KJP, HH 2016		01.01.2017	31.12.2017	112.000,00
Deutsche Waldjugend – Bundesverband e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2017		01.01.2017	31.12.2017	33.345,00
Deutsche Wanderjugend – DWJ	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	239.100,00
Deutscher Alpenverein e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	156.600,00
Deutscher Bundesjugendring (DBJR) e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	937.300,00
Deutscher Bundesjugendring (DBJR) e. V.	U18-Bundestagswahl		01.01.2017	31.12.2017	75.000,00
Deutscher Bundesjugendring (DBJR) e. V.	Werkstatt Mitwirkung		01.01.2017	31.12.2018	370.000,00

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Deutscher Bundesverband Tanz e. V.	02. Kulturelle Bildung Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	109.500,00
Deutscher Caritasverband e. V.	Förderung von Personal-, Sach- und Maßnahmekosten für die Jugendmigrationsdienste Förderung von Personal- und Sachkosten in den Zentralstellen Deutscher Caritasverband und Katholische Jugendsozialarbeit		01.01.2017	31.12.2017	10.666.508,00
Deutscher Caritasverband e. V.	Jährliche Projektförderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Trägers des Deutschen Caritasverbandes e. V. im Handlungsfeld: Weitere bundeszentrale Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2017		01.01.2017	31.12.2017	948.618,00
Deutscher Caritasverband e. V.	Projekt: Suizidprävention (U 25) junger Menschen unter 25 Jahren, das als Sondervorhaben nach Nr. VI. 3 Abs. 1, Buchstabe c) beantragt wird.		15.04.2017	31.12.2017	399.991,00
Deutscher Freundeskreis europäischer Jugendorchester e. V.	Young Euro Classic Ensemble China-Deutschland		01.06.2017	31.12.2017	34.687,44
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) – Bundesvorstand	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	2.157.500,00
Deutscher Grenzverein e. V.	Hier Ankommen! Die Willkommenskultur stärken im ländlichen Raum.		01.08.2016	31.07.2019	49.500,00
Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e. V.	DKSB – Förderung von Personalkosten und sonstige Aktivitäten („Kinderschutztage“ vom 12. bis 14. Mai 2017 in Leipzig). Druckerzeugnis: Broschüre		01.01.2017	31.12.2017	97.200,00
Deutscher Musikrat gemeinnützige Projektgesellschaft mbH	Bundesjazzorchester im Luther Jahr 2017 und Vorbereitung 2016 „VERLEY UNS FRIEDEN“ – Martin Luthers Choräle und Texte für Jazzorchester und Vokalensemble		01.07.2016	31.12.2017	67.699,00
Deutscher Musikrat gemeinnützige Projektgesellschaft mbH	DMR-Projektförderung 2017 (BMFSFJ)		01.01.2017	31.12.2017	1.357.400,00
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Zukunftsinvestition: Entwicklung jungen Engagements im Sport (ZIEL+)		01.01.2017	31.12.2017	1.500.000,00
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) – Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund	Fortführung der Koordinierungsstelle FAN-Projekte		01.01.2015	31.12.2017	275.000,00
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) – Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund	KJP 03.01 Sportliche Jugendbildung		01.04.2016	31.12.2017	70.000,00
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) – Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	2.640.104,00
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) – Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund	KJP Förderung – DSJ-Geschäftsstelle 2017		01.01.2017	31.12.2017	1.460.636,00
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) – Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund	KJP 2017, Deutsch-Chinesischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	48.000,00
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband	Anteilmäßige Kosten für die Zentralstelle Jugend (Zentralstellenverfahren)		01.06.2003	31.12.2016	25.491,67
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband	Die 8 beantragten Projekte haben unterschiedliche Themen. Diese befinden sich in den Schwerpunkten: 1) Junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verbessern die Willkommenskultur für junge Neuzuwanderer und 2) Förderung der Anerkennungskultur und der Toleranz durch Stärkung des interreligiösen Dialogs.		01.11.2016	31.10.2019	36.774,00
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband	Die 13 beantragten Projekte haben unterschiedl. Themen mit folg. Schwerpunkten: 1) Junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund helfen jungen Neuzugewanderten und Flüchtlingen beim Start in die Dt. Gesellschaft.; 2) Interkulturelle Öffnung von Jugendgruppen, der Förd. der Begegnung und Abbau von Vorurteilen		01.04.2017	30.09.2020	56.998,66
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband	Jährliche Projektförderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Trägers DPWV in den beiden Handlungsfeldern: Weitere bundeszentrale Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit im HHJ 2017		01.01.2017	31.12.2017	889.138,00
Deutscher Pfadfinderverband e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2017		01.01.2017	31.12.2017	114.460,00
DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG gemeinnützige Gesellschaft mbH	22. Deutscher Präventionstag (DPT) Juni 2017		01.01.2017	31.12.2017	60.000,00
DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG gemeinnützige Gesellschaft mbH	Folgeveranstaltung zum Symposion „25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven“.		03.07.2017	31.10.2017	6.444,00
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	Dialogforum 2017		10.03.2017	31.12.2017	60.434,00
Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.	DVV Gesamtantrag 2017, Zuwendungen (KuAs, KlAs, SoAs und PersKo)		01.01.2017	31.12.2017	489.760,00
Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer	Umstellungsszenario Reform SGB VIII		01.04.2016	31.07.2018	10.648,59
Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer	Entwicklung eines Jugend-Checks zur systematischen Darstellung der Auswirkungen von Maßnahmen des Bundes auf junge Menschen		15.02.2016	31.12.2017	53.458,00
Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer	Kompetenzzentrum Jugend-Check		01.08.2017	31.08.2019	120.000,00
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) e. V.	DIJuF – Personalkosten 2017		01.01.2017	31.12.2017	301.177,00
Deutsches Institut für Menschenrechte DIMR e. V.	Monitoringstelle VN-Kinderrechtskonvention		26.05.2015	31.07.2017	166.430,00

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Deutsches Institut für Menschenrechte DIMR e. V.	Fachveranstaltung am 4.4.2017 „Kinderrechte stärken anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Inkrafttretens der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland“		01.03.2017	30.04.2017	10.440,96
Deutsches Institut für Menschenrechte DIMR e. V.	Weiterförderung der Monitoringstelle VN-Kinderrechtskonvention		01.07.2017	31.12.2019	227.477,00
Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH	„Organisation von Fachtagungen zu neuen Anforderungen der Jugendhilfe“ in den HH-Jahren 2014 bis 2016		01.01.2014	31.03.2017	49.653,00
Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH	Dialogforum: „Bund trifft kommunale Praxis – (Inklusive) Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“		01.04.2017	31.03.2020	167.758,00
Deutsches Jugendherbergswerk, Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e. V.	KJP RV, bundeszentrale Infrastrukturförderung		01.01.2017	31.12.2017	308.900,00
Deutsches Jugendherbergswerk, Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e. V.	KJP 2017, Deutsch-Chinesischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	10.400,00
Deutsches Jugendinstitut e. V.	Wissenschaftliche Begleitung Innovativer Projektarbeit mit Sraßenjugendlichen in der Jugendsozialarbeit		01.08.2017	31.07.2019	21.639,00
Deutsches Jugendinstitut e. V.	Apps für Kinder – Angebote und Trendanalysen		01.03.2016	31.12.2019	104.036,03
Deutsches Jugendinstitut e. V.	3. Phase der wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung der EU-Jugendstrategie		01.01.2017	30.06.2019	212.980,00
Deutsches Jugendinstitut e. V.	Wissenschaftliche Begleitung des Implementatierungsprozesses der KJP-Reform		15.02.2016	31.12.2017	179.688,00
Deutsches Jugendinstitut e. V.	DJI Arbeitsstelle für Kinder – und Jugendkriminalitätsprävention		01.07.2012	31.12.2017	127.210,00
Deutsches Jugendinstitut e. V.	Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik 2014-2018		01.07.2014	30.06.2018	264.051,00
Deutsches Jugendinstitut e. V.	Geschäftsstelle für den 15. Kinder- und Jugendbericht		17.10.2014	30.06.2017	3.000,00
Deutsches Kinderhilfswerk e. V.	Koordinierungsstelle zur Begleitung der Umsetzung der Strategie des Europarats für die Rechte des Kindes und Maßnahmen zur Stärkung von Kinderrechten (Haushaltsjahre 2017 – 2019) mit besonderem Schwerpunkt auf Stärkung der Kinderrechte in der digitalen Welt		01.01.2017	31.12.2019	476.890,00
Deutsches Rotes Kreuz e. V.	Jährliche Projektförderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Trägers DRK in den beiden Handlungsfeldern: Weitere bundeszentrale Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit im HHJ 2017		01.01.2017	31.12.2017	441.860,00
Deutsches Rotes Kreuz e. V. – Jugendrotkreuz	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	187.800,00
Deutsches Rotes kreuz Landesverband Sachsen-Anhalt	Mobilitätskonto		15.03.2017	31.12.2019	34.500,00
Deutsches Rotes kreuz Landesverband Sachsen-Anhalt	Badges im Innovationsfond 2017 – 2019		15.03.2017	31.12.2019	16.100,00
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband	Junge Flüchtlinge individuell begleiten		15.01.2016	30.12.2017	75.856,00
Die Schleuse eingetragener Verein	KJP-Innovationsfonds Jugendsozialarbeit		01.05.2017	30.04.2019	35.000,00
mehrere Zuwendungsempfänger	Mittelbereitstellung – Leistungsbeschreibung Ausschreibung Dienstleistungskontingent Entwicklung Esprit2/e2 (Phase1) ESF – Förderperiode 2014 – 2020		03.09.2014	31.12.2017	287.822,08
mehrere Zuwendungsempfänger	sonstige Ausgaben zur Umsetzung der EiJP – Jugendstrategie		01.01.2016	31.12.2018	118.412,14
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	meinungsmacher.in- ein medienpädagogisches Projekt zur Verbesserung des öffentlichen Bildes von jungen Migranten in Berlin.		01.10.2014	30.09.2017	32.752,70
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	JUGENDVERBANDSARBEIT FÜR ALLE: Ein niederschwelliges Kooperationsprojekt zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von jugendlichen MigrantInnen im Landkreis Bautzen und Umgebung.		01.10.2014	30.09.2017	37.672,50
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	Gender und Migration – (K)ein Thema in der Einwanderungsgesellschaft? Jugendliche Migrantinnen und Migranten lernen vielfältige Lebensentwürfe zu akzeptieren, geschlechtsspezifische Rollenbilder in Frage zu stellen und sexuelle Minderheiten zu respektieren.		01.11.2014	31.10.2017	22.466,19
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	„TEIL-haben im Saarland“ – Integrationsprojekt zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements junger MigrantInnen durch Aktivierung und Einbindung junger MigrantInnen in die Strukturen der Jugendverbandsarbeit.		01.10.2014	30.09.2017	35.924,54
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	MosaikTreffBremen – gemeinsam Vielfalt erleben!		01.10.2016	30.09.2019	46.543,00
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	„MIT DABEI, MIT ENGAGIERT!“ Bundesweite Fortbildung für junge Ehrenamtliche des Verbandes der russischsprachigen Jugend in Deutschland JunOst in den Bereichen Gewinnung und Motivation von Ehrenamtlichen		01.07.2017	31.12.2017	12.607,90
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	EHRENAMT GEMEINSAM GESTALTEN Sommerakademie zur Fortbildung und Gewinnung ehrenamtlicher Multiplikator*innen des Assyrischen Jugendverbands Mitteleuropa e. V. mit Fokus auf die Einbindung junger Geflüchteter		01.07.2017	31.12.2017	15.000,00
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	KOMCIWAN AKTIV – Junge ehrenamtliche Multiplikator_innen von KOMCIWAN e. V. erlernen Methoden zur Aktivierung neuer Jugendlicher und zur Bewältigung von Stress und Konflikten im Ehrenamt		01.09.2017	31.12.2017	15.000,00
DJO – Deutsche Jugend in Europa – Bundesverband e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	854.700,00
DLRG-Jugend – Bundesebene	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	221.700,00
eco – Verband der Internetwirtschaft e. V.	Erweiterung der Hotlinetätigkeit – Bekämpfung von Darstellungen der sexuellen Ausbeutung im Internet		01.02.2015	31.12.2018	28.348,00

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
ECPAT DEUTSCHLAND e. V. – Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung	Maßnahmen zum Schutz bei sexueller Ausbeutung von Kindern auf Reisen, im Tourismus und bei Kinderhandel		01.08.2016	31.12.2018	37.823,00
ELFE e. V.	Neugewinnung von jungen ehrenamtlichen Fachkräften		01.09.2017	31.12.2017	7.650,00
Europa Cantat – Europäische Föderation Junger Chöre e. V.	KJP 2017 – Längerfristige Förderung -		01.01.2017	31.12.2017	33.000,00
Europäische Janusz Korczak Akademie e. V.	„Gelebte Vielfalt und Anerkennung“ Förderung der Anerkennungskultur, Verbesserung der wechselseitigen Akzeptanz , interkulturellen Öffnung und interkulturellen Kompetenz von jungen jüdischen Zuwanderern und Einheimischen.		01.01.2014	30.09.2017	34.691,55
Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar	Qulifizierung junger Geflüchteter und Deutscher als Trainer*innen der politischen Bildung		01.05.2017	30.09.2019	50.000,00
Evangelisch Freikirchliches Sozialwerk Wermelskirchen	KJP Innovationsfonds JUCA auf Schultour		01.04.2017	30.09.2019	30.976,00
Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V.	ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch: Förderung von Projekten Dritter sowie von ConAct		01.01.2017	31.01.2018	2.368.000,00
Evangelische Akademien in Deutschland	EAD Gesamtantrag 2017, Zuwendungen (Kurse, AT, PK, EM)		01.01.2017	31.12.2017	1.254.600,00
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	Sammelantrag mit 26 Einzelanträgen zu Kapitel 1702 Titel 684 01		01.04.2016	30.11.2019	325.739,00
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	Jährliche Projektförderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Trägers des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung e. V. (EWDE) im Handlungsfeld: Weitere bundeszentrale Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2017		01.01.2017	31.12.2017	732.055,00
FilmLand Mecklenburg-Vorpommern Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Filmkunstfest M.-V. „Kinder- und Jugendfilmpreis“ 2016 bis 2018		15.02.2016	31.12.2018	15.000,00
Fördergemeinschaft für naturwissenschaftliche Jugendarbeit e. V.	KJP 2017, International Astronomical Youtz Camp		01.05.2017	31.12.2017	6.400,00
Förderverein Bürgerstiftung Blumenthal e. V.	Durch die Aktivierung von jugendlichen Migranten wird der gegenseitige Dialog im Quartier durch die Unterstützung eines Gartenprojekts, Entwicklung einer biografischen Ausstellung und selbst entwickelten Projekten hergestellt.		01.11.2015	15.10.2018	22.930,00
Förderverein der Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertagesausrichtungen	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege		01.01.2017	31.12.2017	196.524,97
Förderverein der Gehörlosen der neuen Bundesländer e. V.	Arbeit mit behinderten jungen Menschen Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	121.393,00
Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) gemeinnützige Gesellschaft mbH	„akzepTANZ“ – Tanztheaterprojekt zur Förderung der Anerkennungskultur und der Toleranz durch Stärkung des interreligiösen Dialoges		01.09.2016	31.08.2019	46.634,91
FRAUENKULTUR e. V.	MiO – Internationaler Mädchentreff im Leipziger Osten besonders für Mädchen mit Migrationshintergrund.		01.11.2014	31.10.2017	41.725,32
Freie Hansestadt Bremen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	170.183,02
Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM)	Aufbau Projekt Grauzonenbereich		15.03.2015	31.12.2018	39.200,00
Freiwilligenagentur Jugend-Soziales-Sport	Viel voneinander zu wissen macht Integration aus.		01.07.2017	30.06.2020	24.568,61
Friedenskreis Halle e. V.	Innovationsfonds, Projekte „Kannste mal schnell übersetzen? Hier gibt's schon wieder Stress...“ und „Weltentausch“		01.05.2017	30.09.2019	50.000,00
Frischluft Berlin e. V.	FriLu Gesamtantrag 2017 (Kurse, AT, PK)		01.01.2017	31.12.2017	75.000,00
GANGWAY – Straßensozialarbeit in Berlin	KJP-Innovationsfonds 2017 – 2019		01.03.2017	30.09.2019	64.611,00
Gemeinde Hügelsheim	„Mitmachen – anpacken“		01.12.2014	30.11.2017	35.973,55
Gemeinnütziges Kinder- und Jugendhilfezentrum Fürth GmbH (KJHZ Fürth)	„und verbindet“ schafft Räume für Begegnungen und Freundschaften zwischen den Fürther Jugendlichen und jungen Flüchtlingen. Durch gemeinsame freizeitpädagogische und sportliche Unternehmungen, Erkundung des sozialen Umfelds in der Region fördern wir eine jugendgerechte Willkommenskultur.		01.09.2016	31.08.2017	50.000,00
Geschäftsstelle des VEGJD e.V c/o Heike Beermann	VEGJD 2017- Internationale Arbeitstagung vom 25.04.2017 bis 28.04.2016 in Rendsburg		01.02.2017	30.09.2017	6.970,00
Gesellschaft für Humanistische Fotografie	Heimat Berlin – Eine kulturelle Integrationsmaßnahme mit geflüchteten Jugendlichen		01.11.2016	31.10.2019	49.800,00
Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in Deutschland e. V. (GMK)	Medienkompetenz 2017		01.01.2017	31.12.2017	185.100,00
GFBM-Akademie gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Schulungen zu Monitoring, Controlling und Evaluation von BAMF Jugendprojekten		01.08.2017	31.12.2017	49.796,10
Hansestadt Rostock	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	104.347,08
Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V.	Bewirtschaftung und Verwaltung HdJ 2017		01.01.2017	30.12.2017	411.316,44
Haus Neuland e. V.	Projekt „Meine, deine, unsere Stadt – eine Topografie des Heimatbegriffs von Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrungen am Beispiel Bielefeld“		01.03.2017	30.09.2019	21.000,00
Human Perspective e. V.	Kennen-Lernen: Vertiefte Willkommenskultur unter zugewanderten und einheimischen Jugendlichen in Münchner Stadtteilen. Projektteilnehmer erleben gemeinsam in der Praxis die Grundfreiheiten der Demokratie und des Rechtsstaats. Gewaltfreie Kommunikation und Presse-/Meinungsfreiheit wird praktisch eingeübt.		01.09.2016	31.08.2019	45.056,00
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	institutionelle Förderung der IJAB-Geschäftsstelle		01.01.2017	31.12.2017	2.630.000,00

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	Y20-Jugendgipfel		17.10.2016	31.12.2017	507.171,00
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	IJA-JfE-Geschäftsstellenförderung – Jugend für Europa 2017		01.01.2017	31.12.2017	1.695.000,00
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	Fortführung und Fortentwicklung des Europäischen Informationsnetzwerkes EURODESK in Deutschland		01.01.2017	31.12.2017	260.000,00
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	SALTO Anteilige Personalkosten für das Ressorcenzentrum 2017		01.01.2017	31.12.2017	30.000,00
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	Fachliche Begleitung der Innovationsfondprojekte des Programms 14		15.03.2017	31.12.2019	19.590,00
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	IJAB für die Nationalagentur JUGEND für Europa Servicestelle zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie		01.01.2017	31.12.2018	312.480,00
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	Gesamtbewilligung IJAB-Projekte		01.01.2017	31.12.2017	494.200,00
IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	Weiterentwicklung des Fachkräfteportals der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland von 2015 – 2018		01.01.2015	31.12.2018	185.000,00
INBAS Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH	Das Projekt beinhaltet die Durchführung von 5 Schulungen von Mitarbeiter/Innen der Träger von Integrationsprojekten für Zuwander/innen zur zielorientierten und nachhaltigen Projektplanung		01.08.2017	31.12.2017	49.449,12
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2017		01.01.2017	31.12.2017	224.180,00
Initiativgruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V.	XchangeMuc – gesellschaftiche Entwicklung miteinander und durch einander		01.07.2017	30.06.2020	24.572,78
Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGFH) – Sektion Bundesrepublik Deutschland der Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE) e. V.	Übergänge aus der Jugendhilfe ins Erwachsenenalter – Übergangsmanagement nach stationären Hilfen – Entwicklung & Transfer		01.09.2016	31.08.2019	127.364,79
Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGFH) – Sektion Bundesrepublik Deutschland der Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE) e. V.	IGFH – Jahresförderung 2017		01.01.2017	31.12.2017	472.700,00
Internationale Journalisten-Programme e. V. (IJP)	KJP 2017, Jugendarbeit		01.02.2017	31.12.2017	10.000,00
Internationale Jugendbibliothek	institutionelle Förderung 2017 im Programm Kulturelle Jugendbildung		01.01.2017	31.12.2017	870.000,00
Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) Landesverein Nordrhein-Westfalen e. V.	Jugendgemeinschaftsdienste 2017		01.01.2017	31.12.2017	369.500,00
Internationaler Arbeitskreis für Musik e. V.	Jahresförderung KJP 2017, kulturelle Jugendbildung		01.01.2017	31.12.2017	85.000,00
Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit	Anteilmäßige Kosten für die Zentralstelle (Zentralstellenverfahren)		01.07.2003	31.12.2017	17.900,00
Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit	Förderung von Personal-, Sach- und Maßnahmekosten für die Jugendmigrationsdienste Förderung von Personal- und Sachkosten in der Zentralstelle de Internationalen Bundes		01.01.2017	31.12.2017	11.889.331,00
Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit	KJP-handlungsfeldübergreifende Projektförderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Trägers, Internationale Bund im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit sowie im Handlungsfeld: Kinder- und Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung, hier die Politische Jugendbildung sowie die Internationale Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	455.400,00
Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit	Jugendsozialarbeit		01.10.2016	30.09.2019	97.867,00
Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit	Jugendsozialarbeit		01.06.2017	30.06.2020	58.625,00
Internationales Auschwitz Komitee	Finanzierung der pädagogischen Arbeit in der IJBS Auschwitz durch Bund und Länder		01.01.2017	31.12.2017	100.000,00
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2017		01.01.2017	31.12.2017	500.000,00
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	ewoca – young perspectives		01.03.2017	30.09.2018	60.000,00
Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin (JDZB)	KJP, Deutsch-japanische Austauschprogramme 2017		01.01.2017	31.12.2017	220.000,00
Jeunesses Musicales Deutschland e. V.	Jahresantrag KJP 2017, kulturelle Jugendbildung		01.01.2017	31.12.2017	185.000,00
Jeunesses Musicales Deutschland e. V.	KJP Innovationsfonds 2017 – 2019		01.05.2017	30.09.2019	38.669,00
Jeunesses Musicales Deutschland e. V.	KJP-Internationaler Jugendaustausch/Längerfristige Förderung-		01.01.2017	31.12.2017	150.000,00
JFF – Jugend Film Fernsehen e. V.	Medienaneignung beobachten Impulse setzen Strukturen beraten II		01.01.2017	31.12.2018	299.920,00
JobWerk Porz gemeinnützige GmbH	JuSKIP – Jugendinitiative für Sprache, Kompetenz, Integration und Perspektive – Jugendliche Zuwanderer präsentieren sich durch mediale Darstellungen wie Filme, Tagebucheinträge, Texte und Postings auf der trägereigenen Website und in Facebook. Ziel ist u. a. der Abbau von negativen Vorurteilen.		01.09.2014	31.08.2017	37.282,25
Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUNDjugend)	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	117.300,00
Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e. V.	„Lasst die Jugend sprechen!“ (bundesweit). Ziel ist das Bild junger Menschen mit Migrationshintergrund und einzelner Migrantengruppen in der Öffentlichkeit verbessern.		01.09.2014	31.08.2017	33.107,00

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e. V.	Helle Köpfchen helfen mit! – Ein Projekt zur Einbeziehung von jungen Migrant*innen in lokale Unterstützungsarbeit für Neuzugewanderte und Geflüchtete		01.06.2017	31.05.2020	31.675,00
Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e. V.	„Diskriminierung? Nicht mit uns!“ ein Demokratie-Camp für Jugendliche		01.06.2017	31.12.2017	14.984,00
Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e. V.	„Jeder anders – alle gleich!“ ein Demokratie-Camp für Jugendliche in alten Bundesländern		01.06.2017	31.12.2017	14.984,00
Jugendbund djo-Deutscher Regenbogen LV Berlin	Meinungsmacher.innen international		01.04.2017	30.12.2019	19.000,00
Jugendhaus Düsseldorf	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	3.550.580,00
Jugendhaus Düsseldorf	KJP 2017, Deutsch-Chinesischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	12.500,00
Jugendhaus Leipzig e. V.	KJP-Innovationsfonds Jugendsozialarbeit		01.05.2017	30.09.2019	35.000,00
Jugendhilfe Köln e. V.	KJP-Innovationsfonds Jugendsozialarbeit		01.07.2017	31.07.2019	30.000,00
Jugendkulturarbeit e. V.	IJuB+		01.05.2017	30.04.2019	27.100,00
Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen e. V.	KJP-Innovationsfonds 2017 – 2019		01.05.2017	30.09.2019	52.494,00
Jugendnetzwerk Lambda e. V.	KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2015 bis 2018 – Chatberatung für LSBTQ		01.06.2015	31.05.2018	38.000,00
Jugendnetzwerk Lambda e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2017		01.01.2017	31.12.2017	186.760,00
Jugendnetzwerk Lambda e. V.	KJP 2017, Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	8.500,00
Jugendpresse Deutschland e. V. – Bundesverband junger Medienmacher (kurz: JPD)	JPD Gesamtantrag 2017 (Kurse und AT, Personalkosten, Sonstige Aktivitäten)		01.01.2017	31.12.2017	81.450,00
Jugendpresse Deutschland e. V. – Bundesverband junger Medienmacher (kurz: JPD)	Organisation und Begleitung der JugendPolitikTage 2017		16.09.2016	30.06.2017	254.057,72
Jugendpresse Deutschland e. V. – Bundesverband junger Medienmacher (kurz: JPD)	Organisation der KJB-Jugendbroschüre		31.10.2016	15.02.2017	3.460,00
Jugendpresse Deutschland e. V. – Bundesverband junger Medienmacher (kurz: JPD)	Journalistische Begleitung des 16. DJHT 2017		01.03.2017	31.05.2017	12.258,65
JUNGE EUROPÄISCHE FÖDERALISTEN DEUTSCHLAND e. V.	KJP 2017, Internationale Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	81.000,00
Junge Liberale e. V.	KJP 10.03 in der Rahmenvereinbarung		01.01.2017	31.12.2017	193.630,00
KANO Suryoyo – Organisation zur Bildungsförderung der Suryoye e. V.	Gewinnung und Motivierung junger Ehrenamtlicher in der Jugendintegrationsarbeit		01.08.2017	31.12.2017	12.133,20
KARUNA Zukunft für Kinder und Jugendliche in Not International e. V.	Dokumentation des Verlaufs und der Ergebnisse des 3. Bundeskongresses der Straßenkinder vom 09.06.2017 bis 12.06.2017		09.06.2017	12.06.2017	6.000,00
Katholische Arbeitsgemeinschaft Spiel und Theater e. V.	Jahresantrag KJP 2017		01.01.2017	31.12.2017	12.000,00
Katholische Stiftungsfachhochschule München	Qualitätsbedingungen von Fachberatungen Kindertagespflege		14.03.2016	31.12.2017	121.810,00
Kinder- und Jugendwerk der Naturfreunde, Verein zur Förderung der Naturfreundejugend Deutschlands e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung		01.01.2017	31.12.2017	326.300,00
Kinder- und Jugendwerk der Naturfreunde, Verein zur Förderung der Naturfreundejugend Deutschlands e. V.	#JugendGrenzenlos		01.05.2017	30.09.2019	16.900,00
Kinderfreundliche Kommunen, Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e. V.	Erweiterung und Ausbau der Initiative „Kinderfreundliche Kommunen“ durch Entwicklung eines Bausteine „Kinderfreundliche Rahmengebung / Kindeswohl im Verwaltungshandeln“		01.02.2017	31.12.2019	227.478,98
Kindervereinigung Leipzig e. V.	wir weit weg		01.03.2017	31.12.2019	24.300,00
Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e. V.	Aufnahme von jungen unbegleiteten Flüchtlingen in Gastfamilien		01.09.2015	31.12.2017	157.405,00
Kreis Düren	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	88.830,18
Kreis Groß-Gerau	ESF – JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	122.551,08
Kreis- Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland e. V.	MiE & Ju – Migration, Engagement und Jugend – Unterwegs mit dem HierSindWir!-Mobil. In der Region Oderland – Seen wird ehrenamtliches Engagement von zugewanderten Jugendlichen befördert. Das Projekt schafft Erfahrungsräume, in denen sich zugewanderte und einheimische Jugendliche begegnen.		01.09.2014	01.09.2017	35.208,42
Kreis Offenbach	JuViSta – junge Vielfalt findet Stadt. – Gewinnung, Ausbildung und Zertifizierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund für das ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Jugendverbänden und Kommunen.		01.09.2014	31.12.2017	48.767,60
Kreis Offenbach	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	34.948,65
Kreis Offenbach	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	65.386,37
Kreis Olpe	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	79.309,94
Kreis Ostholstein	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	140.184,40
Kreis Schleswig-Flensburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	60.169,27
Kreis Siegen-Wittgenstein	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	29.648,44
Kreis Steinfurt	Die Karawane zieht weiter... Europa lebt!		01.04.2017	30.09.2019	17.400,00
Kreisau – Initiative e. V.	Beschäftigung von pädagogischen Mitarbeiterinnen in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Kreisau/Polen		01.01.2017	31.12.2017	93.080,00
Kreisau – Initiative e. V.	Seminar zum Thema Versöhnung und Erinnerung		22.09.2017	31.12.2017	5.000,00
Kreisau – Initiative e. V.	Seminar zum Thema Extremismus in Deutschland und Polen		22.09.2017	31.12.2017	19.000,00

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf	ESF – JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	83.170,80
Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	143.449,11
Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises	JUSTiQ ESF-Förderprogramm		01.08.2015	31.12.2018	49.104,32
Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises	JUSTiQ ESF-Förderprogramm		01.08.2015	31.12.2018	24.035,91
Kreisjugendring Esslingen e. V.	Activity Guides – Entwicklung von attraktiven, niedrigschwelligen, bedarfsorientierten und integrativen Freizeitangeboten für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund und Zusammenbringen von Jugendlichen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen in Tandems oder Tridems.		01.10.2017	30.09.2019	12.406,51
Kreisvolkshochschule Norden gGmbH	Deichpaten – Aufbau von Patenschaften zur Begleitung jugendlicher Zugewanderter im gesellschaftlichen bzw. sozialen Integrationsprozess.		01.09.2016	31.08.2019	50.260,67
Kulturherz e. V.	Social entrepreneurship education in der Jugendarbeit		01.04.2017	31.12.2019	48.261,00
Kumulus e. V.	Projekt „Juniorwahl paralell zur Bundestagswahl 2017“		01.01.2017	31.12.2017	75.000,00
Kyffhäuserkreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	63.672,00
Landeshauptstadt Dresden	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	61.828,18
Landeshauptstadt Erfurt	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	215.293,42
Landeshauptstadt Potsdam	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	110.447,06
Landeshauptstadt Schwerin	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	19.071,89
Landesjugendring Berlin e. V. (LJR)	Innofonds 2017 Jugendverbandsarbeit		01.03.2017	30.09.2019	50.000,00
Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Innofonds 2017 Jugendverbandsarbeit		01.03.2017	30.09.2019	50.000,00
Landesmedienanstalt Rheinland-Pfalz	Online Rat- und Hilfeangebot „jugend.support“		01.11.2016	31.12.2018	100.000,00
Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e. V.	Projekt „Vorsicht, Demokratie“		01.03.2017	30.09.2019	50.000,00
Landkreis Ammerland	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	45.437,58
Landkreis Anhalt-Bitterfeld	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	176.112,41
Landkreis Bautzen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	105.463,68
Landkreis Bernkastel-Wittlich	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.07.2015	31.12.2018	12.143,05
Landkreis Böblingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	39.983,19
Landkreis Böblingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	162.156,46
Landkreis Celle	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	13.079,73
Landkreis Celle	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	9.993,90
Landkreis Cloppenburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	43.928,08
Landkreis Eichsfeld	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	116.273,11
Landkreis Emsland	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	106.691,16
Landkreis Emsland	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	21.173,83
Landkreis Esslingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	44.933,32
Landkreis Esslingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	39.999,40
Landkreis Forchheim	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.09.2015	31.12.2018	55.173,91
Landkreis Görlitz	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	101.264,11
Landkreis Göttingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	23.453,50
Landkreis Hameln-Pyrmont	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	77.044,60
Landkreis Hameln-Pyrmont	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	33.818,08
Landkreis Harburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	28.270,48
Landkreis Harz	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	90.073,05
Landkreis Heidekreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	87.141,20
Landkreis Karlsruhe	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	80.860,32
Landkreis Konstanz	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	61.327,55
Landkreis Limburg-Weilburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.09.2015	31.12.2018	18.389,75
Landkreis Lindau (Bodensee)	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	105.018,83
Landkreis Ludwigsburg	Junge Menschen für junge Neuzuwanderer		01.09.2016	31.08.2019	40.374,00
Landkreis Ludwigslust	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	67.129,42
Landkreis Marburg-Biedenkopf	Actionbound in Breidenbach – Eingebunden in Breidenbach		01.09.2016	31.08.2019	25.824,00
Landkreis Märkisch-Oderland	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	110.366,99
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	162.627,34
Landkreis Meißen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	117.083,23
Landkreis Mittelsachsen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	76.550,49
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	94.018,28
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	37.747,66
Landkreis Neunkirchen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	146.497,36
Landkreis Neu-Ulm	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	3.771,47

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Landkreis Nordhausen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	180.176,18
Landkreis Nordwestmecklenburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	104.618,98
Landkreis Oder-Spree	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.08.2015	31.12.2018	108.583,36
Landkreis Oldenburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	53.450,42
Landkreis Osnabrück	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	95.684,43
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	34.686,96
Landkreis Peine	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.09.2015	31.12.2018	228.192,13
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	95.885,41
Landkreis Sonneberg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	103.134,80
Landkreis Spree-Neiße	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	42.055,40
Landkreis Stendal	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	107.111,29
Landkreis Uelzen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	13.882,18
Landkreis Verden	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	90.660,95
Landkreis Verden	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	19.712,00
Landkreis Vorpommern-Rügen – Der Landrat	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	89.797,12
Landkreis Waldeck-Frankenberg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	49.690,97
Landkreis Wesermarsch	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	62.470,44
Landkreis Wittenberg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	34.777,35
Landratsamt Erzgebirgskreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	56.496,38
Landratsamt Saale-Holzland-Kreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	90.856,45
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.	„Der Jugend Image schaffen“ Unter der Anleitung des Projektleiters soll eine Gruppe junger Leute vorbereitet wer-den, multiplikatorisch tätig zu werden, um einen Prozess der Wertentwicklung bei den Migrantenjugendlichen zu beobachten und ihn zu beschreiben.		01.09.2014	31.08.2017	33.600,00
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.	Multiplikatorenschulung „Wie gewinne ich neue und motiviere aktive Ehrenamtliche?“		15.09.2017	15.12.2017	10.280,00
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.	Multiplikatorenschulung: Was tun gegen politische und religiöse Radikalisierung?		01.10.2017	31.12.2017	8.601,64
LeISA gGmbH	Wir sind Europa		01.03.2017	31.12.2019	20.332,00
Leuphana Universität Lüneburg	Jugend-Demografie-Dialog		01.02.2015	30.04.2018	292.695,00
Liberal-Islamischer Bund e. V.	Das Projekt stärkt muslimische Jugendliche in den Bereichen Potentiale, Toleranz und Integration auf Basis der Beleuchtung und Bearbeitung spezifisch bei dieser Zielgruppe verankerter antisemitischer Tendenzen.		01.12.2015	30.11.2018	48.453,80
LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH	Jugendschutz.net Rahmenprojekt „Jugendpolitisches Kompetenzzentrum für den Schutz junger User im Netz“		01.01.2017	31.12.2019	1.499.990,00
Ludwig-Maximilians-Universität München	wissenschaftliche Evaluierung und evidenzbasierte Begleitung des Strukturierten Dialogs in Deutschland (Phase 3)		01.01.2017	31.12.2018	100.000,00
Malteser Hilfsdienst e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 10.03 Sonstige zentrale Jugendverbände 2017		01.01.2017	31.12.2017	81.010,00
Malteser Hilfsdienst e. V.	Handlungsfeld 1: Kinder- und Jugendverbandsarbeit, KJP 14.01.01 Längerfristige Förderung		01.01.2017	31.12.2017	45.000,00
Märkischer Kreis	Wie geht ‚Raus von Zuhaus?‘		01.10.2017	30.09.2019	2.700,00
MigraZentrum e. V.	Datenerhebung bezüglich weiblicher Genitalverstümmelung		01.02.2016	31.12.2017	8.788,55
Mosaik e. V.	#wieDu Junge Multiplikatoren aus Hamm mit starker offline und online Vernetzung werden als Teilnehmer für eine Denkfabrik gewonnen. Sie soll politische und soziale Konzepte entwickeln um Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung zu nehmen und damit das öffentliche Bild von jungen Migranten aufzuwerten.		01.10.2014	30.09.2017	31.423,20
Musikakademie Rheinsberg – Bundes- und Landesakademie	Werkstatt-Projekt „Grenzen aufheben“		01.09.2016	31.08.2019	100.000,00
Mutpol – Diakonische Jugendhilfe Region Böblingen NIKA	We are the world		01.03.2017	30.09.2019	42.000,00
N.I.N.A. Nationale Infoline, Netzwerk und Anlaufstelle zu sexueller Gewalt an Mädchen und Jungen e. V.	Betrieb der bundesweiten telefonischen Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle zum Thema sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen (TAL) Hilfetelefon sexueller Missbrauch		01.04.2014	31.12.2017	559.000,00
National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN- Kinderrechtskonvention e. V.	Impulse zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und zivilgesellschaftliches Monotoring im Rahmen der Berichterstattung an den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes		01.01.2017	31.12.2017	218.610,10
Naturschutzbund Deutschland (NABU) e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	137.800,00
NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien (NAVEND) e. V.	„MediaCoach: Von Vorbildern lernen – Kurdische Jugendliche im Selbstfindungsprozess“ Erarbeitung von Selbstbildern und eines Gegenbildes zu Negativzuschreibungen, Kennenlernen/ Auseinandersetzen mit bereits integrierten kurdischen Vorbildern		01.09.2014	30.08.2017	30.430,00
Nummer gegen Kummer e. V.	Förderung des Kinder- und Jugendtelefons (KJT) und des Elterntelefons (ET) in den Haushaltsjahren 2017, 2018 und 2019; Förderung des Fachbereichs Kinderschutz im Internet in den Haushaltsjahren 2017 und 2018		01.01.2017	31.12.2019	413.706,00

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Orientalische Musikakademie Mannheim	International Music Club		01.09.2016	31.08.2019	50.000,00
Otto Benecke Stiftung e. V.	Zuschuss OBS Förderung 2017		01.01.2017	31.12.2017	24.000.000,00
Pestalozzi-Fröbel-Verband e. V.	Jährliche Förderung im Programm 8.01.01(Ausbau und Qualität der Kinder- und Tagesbetreuung)		01.01.2017	31.12.2017	161.913,00
PFAD – Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien e. V.	PFAD – Gesamtantrag 2016 (Kurse, AT, Pers., sonstige Aktivtäten)		01.01.2017	31.12.2017	94.500,00
Pfadfinderinnenwerk St. Georg e. V. – Bundesamt	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	212.078,00
Pressenetzwerk für Jugendthemen (PNJ) e. V.	Aufbau und Pflege eines Blogs "Mensch Martin!" zum Reformationsjubiläum im Jahr 2017		01.02.2016	31.12.2017	17.170,00
Pressenetzwerk für Jugendthemen (PNJ) e. V.	KJP – 2017 Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	88.362,00
Quartier, gemeinnützige Gesellschaft mbH	KJP-Innovationsfonds 2017 – 2019		01.06.2017	30.09.2019	32.911,00
Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Deutschland 1896	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 10.01 Allgemeine Jugendverbände 14.01.01 internationale Globalmittel		01.01.2017	31.12.2017	232.900,00
Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Deutschland 1896	Trialog 4.0		01.04.2017	31.12.2019	27.500,00
Region Hannover	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	64.559,45
Region Hannover	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	29.431,90
Regionalverband Saarbrücken	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	155.366,25
Regionalverband Saarbrücken	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	31.027,47
Rheinisch-Bergischer Kreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	40.020,22
Rheinisch-Bergischer Kreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	9.979,25
Roots & Routes Cologne	KJP-Innovationsfonds 2017 – 2019		01.07.2017	30.09.2019	20.221,00
Rundfunk Aktionsgemeinschaft demokratischer Initiativen und Organisationen e. V.	Immigration Broadcast-Junge MigrantInnen und ZuwanderInnen machen Radio		01.06.2017	31.05.2020	24.604,80
Salzlandkreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	34.738,13
SchoolJam e. V.	Zuwendung Kulturelle Jugendbildung 2017		01.01.2017	31.12.2017	45.000,00
Seitenstark e. V.	Modellprojekt Kinderseiten stärken durch Kooperation und Vernetzung und Ergänzungsantrag Relaunch der Seitenstark-Website		01.01.2017	31.12.2018	138.121,80
Service Civil International- Deutscher Zweig e. V.	Jugendgemeinschaftsdienste 2017		01.01.2017	31.12.2017	116.100,00
SOKO Institut GmbH	Durchführung von zwei Online-Befragungen bei Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe für den Bericht der Bundesregierung zur Situation der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen		06.07.2017	31.12.2017	36.252,16
Soziale Vielfalt e. V.	„Mein Cottbus – Dein Cottbus“ Ein Angebot für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche (zwischen 12 und 27 Jahren) und junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund aus Cottbus		01.09.2016	31.08.2019	36.211,05
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken	KJP-programmübergreifende Förderung Rahmenvereinbarung RV 2017		01.01.2017	31.12.2017	809.800,00
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – Landesverband Brandenburg	Innofonds 2017 Jugendverbandsarbeit		01.03.2017	30.09.2019	21.000,00
Sozial-kulturelle Vereinigung Meridian e. V. – Verein zur Förderung der Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten	Gender und Migration – (K)ein Thema in der Einwanderungsgesellschaft. Jugendliche Migrantinnen und Migranten lernen vielfältige Lebensentwürfe zu akzeptieren, geschlechtsspezifische Rollenbilder in Frage zu stellen und sexuelle Minderheiten zu respektieren.		01.11.2014	31.10.2017	22.659,00
Spectrum – Arbeit, Beruf, Soziales e. V.	KJP-Innovationsfonds Jugendsozialarbeit		01.06.2017	30.09.2019	30.000,00
Spielmobile e. V. Bundesarbeitsgemeinschaft der mobilen spielkulturellen Projekte	Jahresantrag KJP 2017, Jugendarbeit		01.01.2017	31.12.2017	64.000,00
Stadt Ahaus	ESF – JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.09.2015	31.12.2018	10.400,69
Stadt Ahlen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	42.412,90
Stadt Ahlen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	26.209,38
Stadt Aschaffenburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	86.206,65
Stadt Augsburg	ESF-JUSTiQ		01.01.2015	31.12.2018	39.333,74
Stadt Bamberg	ESF – JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	115.693,77
Stadt Bielefeld	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	96.926,76
Stadt Bielefeld	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	22.271,36
Stadt Bornheim	Jede Jeck es anders Bildung einer Theatergruppe aus Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund mit dem Ziel einer Verbesserung des Bilds von migrantischen Jugendlichen in der Öffentlichkeit. Methode: Sprech-, Musik-, Tanz- und Figurentheater.		01.09.2014	31.08.2017	33.201,00
Stadt Brandenburg an der Havel	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	163.597,50
Stadt Braunschweig	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	64.366,91
Stadt Castrop-Rauxel	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	10.524,38
Stadt Chemnitz	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	192.770,65
Stadt Datteln	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.08.2015	31.12.2018	12.629,13
Stadt Delmenhorst	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	39.997,78
Stadt Dessau-Roßlau	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	23.972,53
Stadt Detmold	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	42.554,42

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Stadt Detmold	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	17.002,18
Stadt Dorsten	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	163.961,19
Stadt Dortmund	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	40.000,00
Stadt Dortmund	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	91.818,29
Stadt Düren	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	28.825,13
Stadt Emden – FD Jugendförderung	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	161.704,71
Stadt Ennepetal	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	22.168,60
Stadt Erkrath	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	65.267,89
Stadt Erlangen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	90.020,97
Stadt Flensburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	105.230,20
Stadt Frankfurt (Oder) – Stadtverwaltung, Amt für Jugend und Soziales	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	102.034,15
Stadt Freiburg im Breisgau	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	37.471,29
Stadt Fürth	Angekommen in Fürth? – Durchführung einer mehrjährigen mediengestützte Kampagne zur öffentlichen Kommunikation erfolgreicher Integrationsbiografien, recherchiert und produziert von Jugendredaktionen des Jugendmedienzentraum „Connect“.		01.09.2014	31.08.2017	35.314,69
Stadt Fürth	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	35.463,69
Stadt Gelsenkirchen	ESF-JUGEND STÄRKEN IM QUARTIER	ESF	01.01.2015	31.12.2018	75.504,36
Stadt Gelsenkirchen	ESF-JUGEND STÄRKEN IM QUARTIER	ESF	01.01.2015	31.12.2018	39.975,00
Stadt Gera	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	164.312,53
Stadt Göttingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	94.953,72
Stadt Göttingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	37.940,43
Stadt Gütersloh	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	17.913,99
Stadt Halle (Saale) – Fachbereich Bildung	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	129.150,16
Stadt Hamm	ESF-JUGEND STÄRKEN IM QUARTIER	ESF	01.01.2015	31.12.2018	25.204,79
Stadt Hanau	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	104.099,29
Stadt Hanau	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	27.090,00
Stadt Hattingen	ESF- Jugend stärken im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	3.854,98
Stadt Herne	ESF – JUSTIQ		01.01.2015	31.12.2018	39.789,71
Stadt Herten	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.09.2015	31.12.2018	54.392,07
Stadt Hilden	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	28.340,60
Stadt Hildesheim	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	19.043,22
Stadt Hildesheim	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	40.000,00
Stadt Ingolstadt	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	7.000,00
Stadt Ingolstadt	ESF- JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	42.394,59
Stadt Iserlohn	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	94.471,37
Stadt Jena	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	135.251,16
Stadt Kassel	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.08.2015	31.12.2018	37.639,96
Stadt Kassel	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.08.2015	31.12.2018	84.101,54
Stadt Kaufbeuren	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	88.804,64
Stadt Kempten (Allgäu)	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	20.000,00
Stadt Kempten (Allgäu)	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	64.469,86
Stadt Kleve	ESF – JUSTiQ		01.09.2015	31.12.2018	45.351,20
Stadt Kleve	ESF – JUSTiQ		01.09.2015	31.12.2018	15.250,00
Stadt Köln	Spiel- und Lernsoftware pädagogisch beurteilt 2016/2017		15.08.2016	31.12.2017	43.100,00
Stadt Krefeld	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.08.2015	31.12.2018	143,23
Stadt Krefeld	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.08.2015	31.12.2018	23.968,06
Stadt Leipzig	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	65.259,38
Stadt Leverkusen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	24.427,24
Stadt Leverkusen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	24.924,14
Stadt Lüdenscheid	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	40.745,15
Stadt Mannheim	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	17.402,37
Stadt Marl	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	34.192,85
Stadt Neustadt an der Weinstraße	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	21.12.2018	39.429,53
Stadt Nienburg / Weser	Interkulturelle Stärken stärken (IkuSs) – Stärkung von Kompetenzen und Selbstwertgefühl, Abbau von Vorurteilen, Sprachbarrieren und Schwellenängsten sowie Stärkung des Interesses an demokratischen und politischen Prozessen bei Jugendlichen durch verschiedene Maßnahmen.		01.11.2014	31.10.2017	28.317,83
Stadt Norderstedt	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	3.468,18

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Stadt Nürnberg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	28.076,60
Stadt Nürnberg	Wer Demokratie WÄHLT keine Rassisten		01.09.2017	31.12.2017	14.546,40
Stadt Offenbach	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	40.000,00
Stadt Offenbach	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	163.472,10
Stadt Oldenburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	19.246,66
Stadt Osnabrück	In:Komm – Interkulturelles Empowerment in der Kommunalpolitk – Stärkung des Interesse junger Zugewanderter an kommunalpolitischen Zusammenhängen durch Trainings und Medienprojekte.		01.10.2015	31.08.2017	33.950,00
Stadt Osnabrück	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	180.836,88
Stadt Pforzheim	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	84.884,23
Stadt Ratingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	62.814,87
Stadt Recklinghausen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	110.730,24
Stadt Regensburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	20.906,23
Stadt Rheine	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	50.917,82
Stadt Salzgitter	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	88.402,18
Stadt Schweinfurt	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	123.592,36
Stadt Siegen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	56.644,96
Stadt Solingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	105.033,16
Stadt Solingen	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	37.777,21
Stadt Speyer	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	29.659,07
Stadt Suhl	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	64.267,04
Stadt Trier	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.04.2015	31.12.2018	32.744,56
Stadt Ulm	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	152.504,17
Stadt Velbert	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	37.787,57
Stadt Weiden i. d. OPf.	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	68.131,79
Stadt Weimar	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	172.582,65
Stadt Wilhelmshaven	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	53.252,60
Stadt Worms	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	48.262,96
Stadt Wuppertal	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.06.2015	31.12.2018	84.529,03
Stadtjugendring Buxtehude e. V.	Exchange Connects		01.06.2017	31.12.2019	4.500,00
Stadtjugendring Schwabach im Bayerischen Jugendring K.d.ö.R.	Kultureller Vielfalt begegnen – Einheit werden Kulturpädagogische Workshops im Jugendzentrum, die ein gegenseitiges Kennenlernen und offenes Miteinander von geflüchteten und einheimischen Jugendlichen fördern		01.07.2017	30.06.2020	24.750,80
Stadtjugendring Wiesbaden e. V.	Innofonds 2017 Jugendverbandsarbeit		15.04.2017	30.09.2019	42.000,00
Stadtorchester Peine – Musik- und Sportgemeinschaft von 1992 e. V.	Durch Rhythmus und Musik kulturelle Schranken überwinden – Im Projekt werden Jugendliche mit Migrationshintergrund an das Musizieren und ehrenamtliches Engagement im Stadtorchester Pein herangeführt.		01.11.2016	30.04.2019	15.710,00
Stadtverwaltung Bad Kreuznach	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	10.326,21
Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch	Förderung des außerschulischen Jugendaustausches mit Russland und der Geschäftstätigkeit der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.01.2018	2.050.000,00
Stiftung Digitale Chancen	Initiativbüro „Gutes Aufwachsen mit Medien“		15.09.2015	31.10.2017	284.532,00
Stiftung Digitale Chancen	Ref. 503 KJP „Kinderschutz und Kinderrechte in der digitalen Welt“		01.01.2017	31.12.2018	158.110,96
Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung	Regierungsvereinbarung 2012		01.03.2017	31.12.2017	40.000,00
Stiftung wannseeForum	wannseeFORUM 2017, Projektförderung (SoA)		10.02.2017	31.12.2017	10.000,00
SV Genc Osman Duisburg e. V.	„Gemeinsam – Füreinander“		01.10.2015	30.09.2018	47.188,64
TACO, Telearbeit, Computer- und Online-Dienste GmbH	Projektname: Welcome TV Mit dem Projekt „Welcome TV“ sollen die Angebote und Leistungen zur Integration von Migranten in Reinickendorf jugendlichen Flüchtlingen bekannt gemacht werden. Dazu erstellen Flüchtlinge gemeinsam mit Reinickendorfer jugendlichen Migranten/innen in Medienteams Filme.		01.06.2017	31.05.2020	29.167,00
Technische Universität Dortmund	Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik		01.06.2014	31.05.2018	474.941,00
TINCON e. V.	Bereich Medienkompetenz der TINCON Jugendkonferenz 2017		01.03.2017	31.08.2017	60.947,00
Trägerverein Schullandheim Bliensbach, eingetragener Verein	„Zukunft gemeinsam gestalten“ – Förderung und Stärkung der sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen 1. Vermittlung kultureller und ideeller Werte im gemeindlichen Zusammenleben 2. Erfahren von Geschichte, Brauchtum und Kultur.		01.11.2015	31.10.2018	51.400,00
transfer e. V.	Trainingsseminare (TiB)		30.01.2017	31.12.2017	33.105,00
transfer e. V.	Forschung und Praxis im Dialog – Internationale Jugenarbeit (IJA) 2017		01.01.2017	31.12.2017	117.500,00
Transfer für Bildung e. V.	Projekt „Begleitung und Beratung der Projekte politischer Bildung im Innovationsfonds für zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik 2017-2019 – pb: IF“		01.08.2017	31.12.2019	13.000,00

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.	Freiwilligen-Lotsen – Jugendliche mit Migrationshintergrund, die einen Freiwilligendienst abgeleistet haben, werden qualifiziert, um ebenfalls Jugendliche mit Migrationshintergrund für einen Freiwilligendienst zu gewinnen.		01.09.2014	31.08.2017	41.984,85
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.	Stoppt Menschenfeindlichkeit		01.09.2017	31.12.2017	11.051,47
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.	My Parti-Klick (Vielfalt durch Partizipation auf einen Klick)		01.03.2017	30.09.2019	21.000,00
Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung (TGH) e. V.	„Starke Jugend – Ideen.Machen.Hamburg!“ Modellprojekt zur Partizipation von „beteiligungsfernen“ Jugendlichen in Billstedt und weiteren Stadtteilen.		01.12.2014	30.11.2017	47.098,10
Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.	Farbenfroh: gg. Selbstethnisierung und Radikalisierung. Jugendliche werden gestärkt, diversitätssensible Kompetenzen zu erwerben. Sie analysieren u. entwickeln diskriminierungsfreie Bildungsmaterialien für Kinder. In Kiel und Neumünster.		01.11.2015	31.10.2018	49.955,36
Über den Tellerrand e. V.	Building Bridges – Ein Patenschaftsprojekt für junge Neuzuwanderer und Neuzuwanderinnen		01.09.2016	31.08.2019	49.336,00
Unikatum Kindermuseum gGmbH	KJP-Innovationsfonds 2017 – 2019		01.06.2017	30.09.2019	51.669,00
Universitätsklinikum Ulm – Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie	Einrichtung einer Kinderschutz-Hotline für ärztliches und heilberufliches Fachpersonal		01.10.2016	15.08.2019	465.220,00
Universitätsklinikum Ulm – Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie	Entwicklung eines Verfahrens zur leistungsbegründenden Einschätzung drohender Teilhabebeeinträchtigung durch Fachkräfte der Jugendhilfe		01.04.2017	31.03.2019	233.303,00
Universitätsstadt Gießen	ESF – JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	30.774,72
Universitätsstadt Marburg	ESF-Programm Kompetenzagenturen		01.01.2014	01.01.2017	2.603,19
Universitätsstadt Marburg	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	165.003,48
Unstrut-Hainich-Kreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	61.916,89
Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP) e. V.	KJP programmübergreifende Förderung gem. Rahmenvereinbarung 2017		01.01.2017	31.12.2017	314.420,00
Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e. V.	VBLR – Antrag 2017 (KuAs, PersKo)		01.01.2017	31.12.2017	506.700,00
Verband deutscher Musikschulen e. V.	Zuwendung Kulturelle Jugendbildung 2017		01.01.2017	31.12.2017	490.000,00
Verband deutscher Musikschulen e. V.	KJP 2017- Längerfristige Förderung -		01.01.2017	31.12.2017	240.000,00
Verband deutscher Musikschulen e. V.	KJP 2017, Deutsch-Chinesischer Jugendaustausch		01.01.2017	31.12.2017	28.000,00
Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) e. V.	VIA Gesamtantrag 2017 (Kurse, AT, PK, SoA)		01.01.2017	31.12.2017	80.000,00
Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) e. V.	Meine Stadt – Meine Identität		01.03.2017	30.09.2019	31.000,00
Verein Integration Flüchtlinge Kamp-Lintfort e. V.	Förderung des interreligiösen Dialog bei Jugendlichen in Kamp-Lintfort.		01.09.2016	31.08.2019	45.259,76
Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e. V.	Join Us – Bilde dich mit! Vielfältige Projekte von und mit Jugendlichen.		01.07.2017	30.06.2020	21.207,00
Verein zur Förderung bewegungs- und sportorientierter Jugendsozialarbeit	KJP Sportliche Jugendbildung		01.01.2017	31.12.2017	63.380,00
Verein zur Förderung politischen Handelns e. V.	v.f.h. Gesamtantrag 2017 (KuAs)		01.01.2017	31.12.2017	38.000,00
Verein zur Förderung und Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihren Familien e. V.	Zukunft gestalten – Jugendliche durch formelle und informelle Bildungsprozesse, Reflexion ihrer Situation und ihres eigenen Handelns unterstützen. Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe fördern.		01.11.2015	31.10.2018	44.664,27
Vogtlandkreis	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	47.689,37
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.	Jugendgemeinschaftsdienste 2017		01.01.2017	31.12.2017	100.000,00
Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.	16. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2017		01.01.2015	31.12.2017	282.000,00
Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.	Jahresförderung 2017: Personalkosten		01.01.2017	31.12.2017	828.630,00
Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.	Koordinierungsstelle Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft		01.12.2014	31.12.2018	439.484,00
Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.	Eigenständige Jugendpolitik im Innovationsfonds		15.05.2017	31.12.2019	90.587,00
WABE e. V.	PerspektivWechsel – Das Projekt verbessert durch Dialoge, Qualifizierungsmaßnahmen und öffentliche Präsentationen das Bild junger Menschen mit Migrationshintergrund in der Öffentlichkeitsarbeit.		01.09.2014	31.08.2017	36.607,12
mehrere Zuwendungsempfänger	Y20 – Youth 20 Dialogue		01.01.2017	31.12.2017	178.536,65
Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	Zweite Zukunftsgespräch „Gemeinsam Getrennt Erziehen“		01.09.2017	31.12.2017	14.820,00
Weltgemeinschaft reformierter Kirchen	WGRK Jugendbegegnung “Meet the World”		01.01.2017	31.08.2017	40.400,00
Westfälische Wilhelms-Universität Münster – Institut für Erziehungswissenschaft	Ergebnis-Evaluation des Basis-Curriculums Sexuelle Gewalt in Institutionen sowie Entwicklung eines hochschuldidaktischen Konzepts – Teilprojekt Münster		01.09.2017	28.02.2019	14.295,63
Wirtschaftsjunioren Deutschland e. V.	Wirtschaftsjunioren Deutschland: JUGEND STÄRKEN: 1000 Chance im Quartier		01.01.2016	31.12.2017	157.170,00
Wirtschaftsjunioren Deutschland e. V.	Wirtschaftsjunioren Deutschland: JUGEND STÄRKEN: 1000 Chance im Quartier		01.01.2018	31.12.2019	0,00
Wissenschaftsstadt Darmstadt	ESF-JUGEND STÄRKEN im Quartier	ESF	01.01.2015	31.12.2018	32.259,89

Zuwendungsempfänger	Thema	ESF	Laufzeit-beginn	Laufzeit-ende	Bewilligung 2017
Youfitz e. V.	Das Projekt ermöglicht die Vermittlung von interessierten jugendlichen und jungen MigrantInnen als Ehrenamtliche an gemeinnützige Einrichtungen sozialer, kultureller und ökologischer Ausrichtung -mit geringem regelmäßigen Zeitaufwand.		01.09.2014	31.08.2017	34.606,22
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland	Jährliche Projektförderung des seit dem 01.01.2017 rahmenvereinbarten Träger, der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (ZWST) im Handlungsfeld Weitere bundeszentrale Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe im HHJ 2017		01.01.2017	31.12.2017	117.945,00
Zentrum für bewegte Kunst e. V.	KJP-Innovationsfonds 2017 – 2019		01.09.2017	30.09.2019	10.632,00

37. Abgeordnete **Christina Schwarzer** (CDU/CSU)

In welcher Höhe sind Haushaltsmittel für den KJP für das Jahr 2018 ausgehend vom Ende Juni 2017 beschlossenen Regierungsentwurf für das Haushaltsaufstellungsverfahren 2018 bereits bewilligt worden bzw. aufgrund von Verpflichtungsermächtigungen gebunden?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks vom 9. Oktober 2017

Für das Jahr 2018 wurden bisher aufgrund von Verpflichtungsermächtigungen 27,019 Mio. Euro gebunden.

38. Abgeordnete **Christina Schwarzer** (CDU/CSU)

In welcher Höhe stehen Haushaltsmittel für den KJP für das Jahr 2018 noch zur freien Verfügung, unter Berücksichtigung des vom Bundeskabinett Ende Juni 2017 beschlossenen Regierungsentwurfs für das Haushaltsaufstellungsverfahren 2018?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks vom 9. Oktober 2017

Nach dem vom Bundeskabinett im Juni 2017 beschlossenen Regierungsentwurf für das Haushaltsaufstellungsverfahren 2018 sind im Kinder- und Jugendplan des Bundes Mittel in Höhe von 173,620 Mio. Euro vorgesehen. Vorbehaltlich des noch aufzustellenden neuen Regierungsentwurfs für 2018 und des sich anschließenden parlamentarischen Verfahrens finden zum KJP Jahresplanungsgespräche statt.

Die Höhe der rechnerisch noch frei verfügbaren Haushaltsmittel steht erst nach den zurzeit laufenden Jahresplanungsgesprächen und den nachfolgenden Antrags- und Bewilligungsverfahren mit den rund 100 Verbänden und Fachorganisationen fest, die als bundeszentrale Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe gefördert werden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

39. Abgeordneter **Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auf der Basis welcher Rechtsgrundlage hat der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur der Deutschen Bahn AG (DB AG)und dem Eisenbahn-Bundesamt die Weisung erteilt, dass die Planung für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Regensburg „in diesem Einzelfall unter Zugrundelegung von Lärmvorsorge durchzuführen ist“ (vgl. DER NEUE TAG vom 23. September 2017), und wodurch hat diese Weisung dauerhaft Rechtsverbindlichkeit?

40. Abgeordneter **Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie wurde sichergestellt, dass die Weisung des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur, die Planung für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Regensburg „in diesem Einzelfall unter Zugrundelegung von Lärmvorsorge durchzuführen“ (vgl. DER NEUE TAG vom 23. September 2017), auf einer „vollständigen Kenntnis der im Anhörungsverfahren vorgebrachten und erörterten Tatsachen und Einwendungen beruht, ihrerseits den Anforderungen des Abwägungsgebots inhaltlich gerecht wird und dementsprechend begründet ist“ (vgl. Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Weisungsbefugnisse des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gegenüber dem Eisenbahn-Bundesamt“ vom 12. September 2008), angesichts der Tatsache, dass für das Bauprojekt nach meiner Kenntnis noch kein Anhörungsverfahren anhängig ist?

41. Abgeordneter **Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwiefern und auf der Basis welcher juristischen Grundlage kommt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu einer anderen Beurteilung als die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages in ihrer Ausarbeitung „Weisungsbefugnisse des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gegenüber dem Eisenbahn-Bundesamt“ vom 12. September 2008, wonach ein „Verstoß gegen das zwingend zu beachtende Abwägungsgebot in Form eines Abwägungsfehlers“ vorliege, wenn der Bundesminister dem Eisenbahn-Bundesamt eine Weisung erteilt, ohne die im Planfeststellungsverfahren „geschützten verfahrensmäßigen Garantien“ zu berücksichtigen?

42. Abgeordneter **Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Aspekte der Berichterstattung unter dem Titel „Weisung ohne Wirkung?“ (vgl. DER NEUE TAG vom 22. September 2017) über die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Regensburg entsprechen nach Ansicht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur nicht den Tatsachen (bitte detailliert und begründet aufschlüsseln), und welche Aspekte führen nach Ansicht des Bundesministeriums zu einem Rechtsanspruch auf Lärmvorsorge, die ohne die Weisung des Bundesministers nicht ohnehin gegeben wären?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 9. Oktober 2017

Die Fragen 39 bis 42 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Durch die geplante Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Regensburg werden erhebliche Güterverkehrsströme auf den Ostkorridor verlagert, was ohne die Elektrifizierung nicht stattfinden würde. Das heißt, die Elektrifizierung wird sich zielgerichtet und unmittelbar auf eine Sparte verkehrslenkend auswirken. Der Bundesminister Alexander Dobrindt hat die DB AG deshalb aufgefordert, in den Planungen Lärmvorsorge gemäß der Verkehrslärmschutzverordnung vorzusehen. Damit wird ein ausreichender Schutz der Anwohner vor Lärmimmissionen gewährleistet.

Das Planfeststellungsverfahren wird erst nach Fertigstellung der Planungen von dem Vorhabenträger beantragt werden. Ein Eingriff in ein laufendes Planfeststellungverfahren liegt daher nicht vor.

43. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass sich durch den Baustellenunfall bei Rastatt der Bau des Rastatter Tunnels um bis zu zwei Jahre verzögern soll (Informationen des Verkehrsausschuss des baden-württembergischen Landtags, Bericht in der Esslinger Zeitung vom 28. September 2017), und welche aktuelle Einschätzung gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der Deutschen Bahn AG bezüglich der Frage, ob für den Weiterbau des Rastatter Tunnels bzw. Teilen davon ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich wird?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 6. Oktober 2017

Aufgrund des Schadensereignisses bei Vortriebsarbeiten wird es bei der Fertigstellung des Tunnels zu Verzögerungen kommen. Zeitplan und Konzepte zum Weiterbau dieses Projektabschnittes erarbeitet die Deutsche Bahn AG aktuell. Ob eine Anpassung des Planrechts notwendig

wird oder nicht, ist abhängig von dem noch abschließend zu bestimmenden Bauverfahren für die Unterfahrung der Rheintalbahn bei der Weströhre und der Sanierung der Oströhre.

44. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung den Zeitplan für die Fertigstellung von Stuttgart 21 ein, nachdem die „STUTTGARTER ZEITUNG“ am 4. Oktober 2017 berichtete, „der neue Bahnknoten Stuttgart 21 mit einem unterirdischen Hauptbahnhof und einer Neubaustrecke könne nicht vor Ende 2023 in Betrieb gehen“ und nachdem Projektsprecher Jörg Hamann in demselben Artikel mit der Aussage wiedergegeben wird, Bauverzögerungen hätten bislang nicht eingeholt werden können (www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-21-wichtige-brueckenbauten-laut-bahn-im-zeit-und-kostenrahmen.322d07b0-570d-4132-b854-75b606477c91.html), und hält es die Bundesregierung für geboten, dass die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm früher als der Tiefbahnhof von Stuttgart 21 in Betrieb genommen wird?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 12. Oktober 2017

Bei dem Projekt Stuttgart 21 handelt es sich nicht um ein Projekt des Bedarfsplans für die Schienenwege des Bundes, sondern um ein eigenwirtschaftliches Projekt der Deutschen Bahn AG. Die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm ist als Teilmaßnahme der ABS/NBS Stuttgart–Ulm–Augsburg, im Vordringlichen Bedarf des geltenden Bedarfsplans enthalten. Die Bahn als Vorhabenträger hält nach eigenen Angaben weiter an dem Ziel fest, Stuttgart 21 (exkl. PFA 1.3b) und die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm im Dezember 2021 in Betrieb nehmen zu können.

45. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Ergebnisse haben die seit dem Beginn diesen Jahres bundesweit laufenden Abstimmungen und Neubewertungen der Bahnsteigzielhöhen zwischen der DB Station & Service AG, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und den Verkehrsministerien der Länder insbesondere mit Ziel einer möglichen Vereinheitlichung der Bahnsteighöhen im Fern- und Regionalverkehr auf die Höhe von 76 Zentimetern über Schienenoberkante (siehe u. a. MDR-Magazin Umschau vom 22. August 2017: „Der Vollzug der deutschen Bahnhofseinheit“) erbracht, und in welchem finanziellen Umfang plant die Bundesregierung, die Eisenbahninfrastrukturunternehmen bzw. die Länder bei einer solchen Vereinheitlichung zu unterstützen, nachdem in den vergangenen Jahren in vielen Bundes-

ländern die Bahnsteige auf eine Höhe von 55 cm über Schienenoberkante angepasst worden sind (siehe ebd.)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 13. Oktober 2017

Das BMVI hat mit Schreiben vom 5. Januar 2017 an die Länder mit Blick auf die Langlebigkeit der Eisenbahninfrastruktur und vor dem Hintergrund des Ziels einer bundesweiten Barrierefreiheit von Verkehrsstationen darum gebeten, beim Ausbau der Bahnsteige auf eine noch stringentere Ausrichtung auf die Eisenbahn-Bau- und -betriebsordnung mit der Bahnsteigregelhöhe von 76 cm (außerhalb der Stadtschnellbahnnetze) und die Beschaffung passender Fahrzeuge zu achten. Derzeit wird mit der DB Station&Service AG und den betroffenen Ländern/Aufgabenträgern die Weiterentwicklung des Bahnsteighöhenkonzepts finalisiert.

Die Investitionsplanung der DB Station&Service AG erfolgt wie bisher nach dem technischen Bedarf unter Berücksichtigung der Reisendenzahlen. In den letzten Jahren wurde der barrierefreie Ausbau im Rahmen von Sonderprogrammen des Bundes (Konjunkturprogramme, Zukunftsinvestitionsprogramm) und mit komplementären Landesmitteln beschleunigt.

46. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung seit Verkündung des Wasserstraßenausbaugesetzes am 23. Dezember 2016 unternommen, die Abladeoptimierung der Fahrrinnen am Mittelrhein als Vorhaben mit der laufenden Nummer 1 im Vordringlichen Bedarf mit Engpassbeseitigung und einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von 30,7 zu entwickeln, und welche Finanzressourcen hat die Bundesregierung für dieses Projekt bereits bereitgestellt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 5. Oktober 2017

Der Beginn des Planungsprozesses erfolgte bereits vor der Verkündung des Wasserstraßenausbaugesetzes am 6. September 2016 im Rahmen einer Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit. Im Anschluss wurde mit den ersten Grundsatzuntersuchungen begonnen.

Auf dieser Basis wird das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Duisburg-Rhein noch in diesem Jahr zu einer ersten Konsultationsrunde einladen.

47. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Welchen Personaleinsatz sieht die Bundesregierung für Vorplanung, Planung und Bau des Vorhabens Abladeoptimierung der Fahrrinnen am Mittelrhein bis zum Abschluss des Projektes vor (Stellenanzahl und Jahr/Projektphase), und wie viele Stellen sind aktuell für dieses Projekt besetzt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 5. Oktober 2017

Zurzeit wird das Projekt von vier Mitarbeitern betreut. Für eine zeitgemäße Realisierung werden neun weitere Stellen benötigt (für technische und ökologische Planung, Modelluntersuchungen, Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse).

48. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Mit welcher Planungs- und Umsetzungsdauer rechnet die Bundesregierung für das Vorhaben Abladeoptimierung der Fahrrinnen am Mittelrhein, und wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeiten ein, Planung und Umsetzung durch Bereitstellung von mehr Personal zu beschleunigen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 5. Oktober 2017

Mit vorgenanntem Personalbedarf kann die Voruntersuchung bis Ende 2019 durchgeführt werden. Der bisherige Zeithorizont sieht eine Realisierung in der Laufzeit des Bundesverkehrswegeplanes vor.

49. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wie viele Stellen sind nach Kenntnis der Bundesregierung für den geplanten Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals (ELK) aktuell besetzt, und wie hoch ist das Nutzen-Kosten-Verhältnis des ELK?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 5. Oktober 2017

Es wird auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 3 und 8b auf Bundestagsdrucksache 18/13588 verwiesen.

50. Abgeordnete **Dr. Valerie Wilms** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Für wie viele Verkehrsinfrastrukturbauprojekte des Bundes (inkl. aller Projekte der Ausbaugesetze aus 2016), welche noch nicht im Bau sind, besteht zum Ende der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages Baurecht (durch unanfechtbaren Planfeststellungsbeschluss; bitte für alle Verkehrsträger getrennt ausweisen), und heißt dies im Umkehrschluss, dass für alle anderen Projekte noch kein Baurecht besteht (bitte begründen)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär vom 6. Oktober 2017

Für die Bundesfernstraßen, Bundesschienenwege und Bundeswasserstraßen teile ich Folgendes mit:

Für den Bereich der Bundesfernstraßen besitzen zwölf Projekte bzw. Teilprojekte des aktuellen Bedarfsplans einen unanfechtbaren Planfeststellungsbeschluss. Die anderen Maßnahmen befinden sich in der Planungsphase, in der Planfeststellung, deren Planfeststellungsbeschluss liegt derzeit aus oder sie werden beklagt.

Im Bereich der Bundesschienenwege gibt es keine Bedarfsplanobjekte, die vollständiges Baurecht haben und noch nicht begonnen wurden.

Im Bedarfsplan für die Bundeswasserstraßen gehören elf Projekte zu den „Laufenden und fest disponierten Vorhaben des Vordringlichen Bedarfs". Davon befindet sich ein Projekt noch nicht im Bau, für das noch kein bestandsfähiger Planfeststellungsbeschluss vorliegt.

Alle 24 „Neuen Projekte des Vordringlichen Bedarfs (VB/VB-E)" des Bedarfsplans für die Bundeswasserstraßen befinden sich in unterschiedlichen Phasen der Vorplanung.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

51. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Aus welchen konkreten Gründen scheiterten in der 18. Legislaturperiode die Initiativen der Bundesrepublik Deutschland im Komitee über radioaktive Substanzen RSC der Vertragsparteien des Abkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR) für mehrere Papiere zu im Meer versenktem Atommüll (bitte möglichst ausführlich darlegen; vgl. hierzu zum Beispiel Onlinebericht „Atommüll auf dem Meeresboden – Bundesregierung fordert Monitoring" des SWR-Magazins Report Mainz vom 31. März 2014 in Verbindung mit bislang nicht erfolgten Beschlüssen bzw. Veröffentlichungen des RSC zu den betreffenden Papieren wie dem „Fact Sheet" oder

dem zu Handlungsmöglichkeiten), und welche Positionen hat die Bundesregierung bezüglich der flüssigen radioaktiven Einleitungen der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in den Ärmelkanal hinsichtlich ihrer Belastung für Mensch und Umwelt in dieser Legislaturperiode vertreten – sei es im Rahmen des RSC, bilateral gegenüber Frankreich, auf Ebene der Internationalen Atomenergie-Organisation oder anderweitig (bitte vollständig angeben und möglichst ausführlich darlegen)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter vom 12. Oktober 2017

Auf seiner Sitzung im Januar/Februar 2012 hatte das Komitee über radioaktive Substanzen (RSC) beschlossen, dass von Deutschland ein allgemeinverständlicher Bericht, ein sogenannter layperson's report, zur Tiefseeversenkung erstellt werden soll. Dieser Bericht wurde auf der Sitzung im Februar 2016 als Bericht Deutschlands vorgelegt. Hieraus wurden vom RSC die grundlegenden Informationen extrahiert und in Form eines sogenannten Fact Sheets von OSPAR im Oktober 2016 veröffentlicht. Eine Veröffentlichung des „layperson's report" selber als OSPAR-Dokument fand aufgrund der ablehnenden Haltung Frankreichs keine ausreichende Unterstützung im RSC. Nach französischer Auffassung handelt es sich bei dem „layperson's report" um eine Duplizierung der Arbeiten der IAEA auf diesem Gebiet. Eine Veröffentlichung in der Schriftenreihe des Bundesamtes für Strahlenschutz ist in Vorbereitung.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Einleitungen der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague so ausgelegt sind, dass der von den Euratom-Grundnormen für den Strahlenschutz (Richtlinie 2013/59/Euratom) vorgegebene Dosisgrenzwert von 1 Millisievert pro Jahr für Einzelpersonen der Bevölkerung eingehalten wird.

In der Meeresumwelt sind die Einleitungen aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague kaum noch nachweisbar (siehe zum Beispiel „Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung – Jahresbericht 2015", abrufbar unter https://doris.bfs.de/jspui/handle/urn:nbn:de:0221-2017072814305).

52. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse bezüglich der Auswirkungen von Ultrafeinstäuben aus Flugzeugtriebwerken auf die menschliche Gesundheit liegen der Bundesregierung vor, und wann wird die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgehalten, den für die 18. Wahlperiode angekündigten Bericht zum Fluglärmschutzgesetz vorlegen (bitte begründen)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter vom 12. Oktober 2017

Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Feinstaub sind wissenschaftlich gesichert. Eine gesicherte Differenzierung zwischen Ultrafeinstaub und Feinstaub liegt jedoch nicht vor, so dass auch keine Mortalitätsraten im Hinblick auf Ultrafeinstaub vorliegen. Fest steht, dass hohe Feinstaubkonzentrationen negative gesundheitliche Folgen für den menschlichen Organismus verursachen. So werden zum Beispiel Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen hervorgerufen. Besonders gefährdet sind Kleinkinder, Menschen mit geschwächtem Immunsystem, ältere Menschen, Asthmatiker und Menschen mit bestehenden Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Problemen.

Es ist Ziel eines bis November 2018 laufenden Ressortforschungsvorhabens des Umweltbundesamtes, am Beispiel des Flughafens Frankfurt am Main den Einfluss eines Großflughafens auf Konzentrationen einzelner Luftschadstoffe, mit einem Schwerpunkt auf Ultrafeinstaub, zu ermitteln.

Der Bericht zur Evaluierung des Fluglärmgesetzes wird federführend vom Bundesumweltministerium vorbereitet und anschließend zwischen den Ressorts abgestimmt. Der Bericht befindet sich wegen der Auswertung der stark divergierenden Stellungnahmen noch in der Vorbereitung. Die Vorlage des Berichts kann erst nach Beginn der neuen Legislaturperiode erfolgen.

Berlin, den 13. Oktober 2017

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333